

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

200 · Juni 2007

Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

aus dem Inhalt

VorSatz	483
Essay	
JÖRN SCHÜTRUMPF Unter ausgebliehener Flagge: die »Linke«	485
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
MARTIN SCHIRDEWAN Vorwärts in die Gegenwart	497
Demokratie & Emanzipation	
HELMUT BOCK Was ist des Deutschen Vaterland? 175 Jahre Hambacher Fest?	550

VorSatz

Keine Bewegung hat im 20. Jahrhundert die Gesellschaft so nachhaltig verändert wie die verschiedenen Anläufe für eine Gleichberechtigung der Frau. Dazu bedurfte es nicht erst einer Alice Schwarzer. Der Erste, der das Thema »Unterdrückung der Frau« erfolgreich auf die Bühne, heute würde man sagen, in die Medien, brachte, war der norwegische Apotheker und Dramatiker Henrik Ibsen (1828-1906), zu seiner Zeit der weltweit meistgespielte Autor.

Schon Tucholsky wußte: »Der Streit um Ibsen ist dahin; heute kramen ältere Damen im Parkett bei den ›Gespenstern‹ ihre Handtaschen um und fragen ihre Tochter: ›Hast du zu Hause das Licht ausgeknipst?‹ Und ahnen nicht, daß der große Apothekersmann auch für sie gekämpft hat, dafür, daß hundert Vorurteile gefallen sind, gekämpft für hundert Dinge, die der Tochter gewiß selbstverständlich erscheinen. Kunstwerke erhalten sich selten – Resultate bleiben.«

Bis 1945 noch schieden Frauen laut Gesetz mit der Eheschließung automatisch aus dem Arbeitsprozeß aus. Unterdessen dürfen verheiratete Frauen ohne Zustimmung des Ehemannes sogar arbeiten gehen und über ein Konto verfügen. Auch wenn es wie ein übler Witz klingt, das war ihnen in der frühen Bundesrepublik noch verwehrt; dergleichen gab's in der DDR nie.

Eines habe ich nie verstanden: Wovon lebt die Hausfrau, wenn ihre Arbeit nicht vergütet wird? Das Patriarchat ist ohne Zweifel ein Ausbeutungsverhältnis, aber doch kein Ausrottungsverhältnis! Marx und Engels meinten 1848: »Der Bourgeois sieht in seiner Frau ein bloßes Produktionsinstrument ... Worauf beruht die gegenwärtige, die bürgerliche Familie? Auf dem Kapital, auf dem Privaterwerb.« Recht hatten sie damit, denn eine Frau verfügt genauso wie jede männliche Arbeitskraft über die Fähigkeit, mehr Wert zu produzieren, als sie zur Reproduktion ihrer eigenen Arbeitskraft braucht.

Die bürgerliche Ehe, also die höchste Stufe des Patriarchats – die Juristen sprechen von »Hausfrauenehe« –, ist nichts anderes als das Gegenstück zur Mehrwertproduktion durch die Lohnabhängigen. Die Hausfrau produziert dabei allerdings nicht selbst Waren, sondern übt im Zyklus der Warenproduktion wesentliche Funktionen in der Reproduktion aus, ohne die keine Produktion zur Warenproduktion werden kann. Dafür erhält die Hausfrau ihren Anteil vom Ehemann, der nicht nur seine eigenen Reproduktionskosten, sondern die seiner Ehefrau mit erlöst, während die Kinder als künftige Arbeitskräfte versorgt werden. Die Hausfrau arbeitet also nicht kostenlos. Aber über die Höhe ihres »Lohnes« entscheiden die Höhe des Ein-

kommens ihres Ehemannes als auch der Ehemann selbst. In letzterem Abhängigkeitsverhältnis verbirgt sich das ökonomische Geheimnis der patriarchalischen Ausbeutung. Für Marx und Engels war der Weg, eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, »die Stellung der Weiber als bloßer Produktionsinstrumente aufzuheben«. Auch damit haben sie recht.

Die einzige Frau, die in der Familie Reproduktionsarbeit wirklich kostenlos leistet, ist die vollberufstätige Ehefrau. Ob sie dabei patriarchalisch ausgebeutet wird, hängt von der Arbeitsteilung ab. Denn wenn die Partner den gleichen Anteil leisten, erlischt zwischen ihnen das ökonomische Ausbeutungsverhältnis. In der DDR vollzog sich wenigstens eine Entwicklung in diese Richtung.

Wirkliche Emanzipation kann nur Emanzipation beider sein. Die Gesellschaft muß für sie Bedingungen schaffen, kann Emanzipation aber nicht erzwingen. Unter der Voraussetzung, daß gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird, entsteht für beide Partner ein großer Spielraum, um ihr Leben gestalten. Jede Verelendung – so wie sie im Moment auch von den kapitaldominierten Parteien in Deutschland vorangetrieben wird – befestigt allerdings das Patriarchat.

In der DDR wurden viele Schritte zur Gleichstellung als Geschenk von Partei und Staat an »unsere Frauen« scheinbar großzügig gewährt: Haushaltstag, Krippen, Kindergärten, Horte, Gratifikationen bei der Geburt, verkürzte Arbeitszeiten etc. Hinter vielen dieser Entscheidungen stand jedoch nicht – zumindest nicht in erster Linie – der Wille zur Gleichstellung, sondern die Notwendigkeit, Frauen für den Arbeitsprozeß zu gewinnen. Hinzu kam, etwa beim § 218, die Konkurrenz zur Bundesrepublik. Ohne die Frauenbewegung des Westens wäre er 1972 nicht quasi über Nacht gefallen.

Doch ohne diese Schritte – wie immer sie einzeln auch motiviert waren – wäre die patriarchalische Unterdrückung der Frau in der DDR wesentlich stärker gewesen. Entscheidend war für viele Frauen die gelebte Gleichstellung und nicht, wie sie zustande gekommen war.

Die Frauenbewegung im Westen hat zweifellos große Veränderungen in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern bewirkt. Heute ist ihr aber der Resonanzboden abhanden gekommen. Dieses Schicksal teilt sie mit vielen anderen emanzipatorischen Bewegungen: den Freidenkern, den Friedensbewegten, den Kommunisten.

Sie alle haben in ihren Aufstiegsphasen Fortschritt bewirkt. Nur wenige haben jedoch das, was sie leisten wollten, wirklich geleistet. Über die meisten ist längst die Zeit hinweggegangen, ohne daß die Probleme, die zu lösen sie angetreten waren, aus der Welt wären. Was kein Vorwurf ist – denn Einzelbewegungen können Menschheitsprobleme der Allgemeinheit zwar zu Bewußtsein bringen, aber natürlich niemals lösen. Das gilt auch für den Feminismus.

Es mutet etwas beklemmend an, wenn Alice Schwarzer in ihrem neuen Buch schreibt: »Wir brauchen keinen neuen Feminismus ... Was wir brauchen, ist ein neuer Elan für den Feminismus. Und Frauen, die öffentlich sagen: Ich bin stolz, eine Feministin zu sein.«

MARION SCHÜTRUMPF

Dieses Heft trägt die Nummer 200. Wir danken allen Mitstreitern und Lesern, Kritikern und Förderern, daß es soweit kommen konnte.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Unter ausgebliehener Flagge: die »Linke«

1789

Die Linke ist eine späte Frucht der Menschen Geschichte: ein Kind der Französischen Revolution von 1789 ff. Links saßen im Parlament jene, die die Revolution zu immer mehr Gleichheit und Gerechtigkeit weiterzutreiben gedachten, rechts versammelten sich die, denen es mit der Revolution genug war: die liberalen Abkömmlinge des Ersten und Zweiten Standes sowie die zu Wohlstand gekommenen des Dritten. Sie alle hatten die formalen Menschenrechte zu eringen getrachtet – samt Rechtsstaat, der sie ihnen garantieren sollte, und sie hatten beides auch erhalten. Ihr Sinn war von Anfang an auf das Recht auf Eigentum, seinen Schutz vor staatlicher Willkür sowie auf die Freiheit von Handel und Gewerbe gerichtet gewesen. Häufig wird aber – nicht selten sogar absichtsvoll – vergessen, daß *trotzdem die Rechte im Lager der Revolution stand.*

Bis 1789 hatte ohne Zweifel die spätere Revolutions-Rechte weder an Aufruhr noch gar an Revolution auch nur gedacht. Doch als die in den Sinnverlust getriebenen Massen den sich morsch geherrschten Absolutismus beiseitefegten, waren sie ins Lager des Aufruhrs übergegangen. Sie hatten sich – so das Bild des Leipziger Gelehrten Manfred Kossok – in den Sattel des unruhig gewordenen »Pferdes« geschwungen und ihm die Richtung zu geben versucht.

Nur die Linke – am unangenehmsten der Club der Jakobiner – hatte sie dabei gestört, weil sie per Wohlfahrtsausschuß und Guillotine eine Herrschaft des demos zu erzwingen gestrebt hatte. Die äußerste Linke um Jacques Roux war sogar noch weiter gegangen: Ihr genügte die süße Schale der formalen Gleichheit nicht, sie wollte den herben Kern der sozialen Ungleichheit beseitigt sehen.

Die Jakobiner, die zuerst »Jakobiner mit dem Volke« gewesen waren, hatten sich – wie ein späterer Jakobiner, gebürtig aus Simbirsk, durchaus richtig erkannte – schnell zu »Jakobinern ohne Volk« gemordet und waren am Ende selbst vom Pariser Volk aufs Schafott geschickt worden. Für den Simbirsker jedoch kein Grund, das Drama nicht zu wiederholen. In die Geschichte eingegangen ist der Mann mit den vielen Pseudonymen unter dem Namen Lenin.

An der Wiege der Linken stand ein Korb, in den der Kopf von Marie Antoinette fiel. Jahrtausendlang hatten die herrschenden Minderheiten, soweit sie an der Herrschaft bleiben wollten, zur Gewalt gegriffen und sich stets aufs neue die Mehrheiten unterworfen. Im Sinne der Herrschenden war das meist eine Zeitlang gut gegangen. An den Jakobinern konnte man lernen, daß für die Emanzipation von

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956, Dr. phil. Historiker, Redakteur bei UTOPIE kreativ, zuletzt: Rosa Luxemburg, die Bolschewiki und »gewisse Fragen«, Heft 193 (November 2006).

»Eine gestreichte französische Redensart ... verspottet die ›Jakobiner ohne Volk‹ (jacobins moins le peuple). Die historische Größe der wahren Jakobiner, der Jakobiner von 1793, bestand darin, daß sie ›Jakobiner mit dem Volk‹ waren, mit der revolutionären Mehrheit des Volkes, mit den *revolutionären* fortschrittlichen Klassen ihrer Zeit.«

W. I. Lenin: Die Konterrevolution geht zum Angriff über [1917], in: Ders.: Werke (LW), Bd. 24, Berlin 1959, S. 537.

Ausbeutung und Unterdrückung dieses Modell untauglich ist: Sie hatten sich im Namen der Mehrheit in die Minderheit begeben, waren aber nicht bereit gewesen, ihre Gleichheitsansprüche aufzugeben und in eine traditionelle Gewaltherrschaft – mit allen erprobten Mitteln, mit denen sich Ungleichheit stabilisieren läßt – zu wechseln.

Ihr Erbe, Napoleon, ging da pragmatischer vor. Via *Code civil* so viel Gleichheit wie möglich, via Kaisertum so viel Ungleichheit wie nötig, läßt sich als seine unausgesprochene Maxime erkennen. Doch auch diese Geschichte lief aus dem Ruder und mündete in einem größtenwahnsinnigen Imperialismus. Das Ende ist bekannt.

Trotzdem war die Revolution zum Geburtshelfer für die nächste Welle an Entwicklung geworden. Dem bürgerlichen Zeitalter, das 1776 auf dem amerikanischen Kontinent begonnen hatte – in einer gegen die britische Krone gerichteten antikolonialen Revolution mit der Unabhängigkeitserklärung der Nordenglandstaaten, gefolgt von den *Bill of Rights* –, war mit der Revolution der Franzosen Unumkehrbarkeit zugewachsen. Vom alten Paris – und keineswegs vom jungen Washington aus – begann es seinen Siegeszug um die Welt.

Das Kapitel »Linke« wäre an sich spätestens mit Waterloo erledigt gewesen, denn die Konstellation von 1792 hatte sich aufgelöst. Doch da vieles, was einst als Tragödie sein Ende fand, sich als Farce wiederholt, borgte sich die nächste Generation an Revolutionären – sich ihrer Ansprüche und damit ihrer selbst unsicher – wenn auch nicht die Jakobinermütze, so doch den Platz links im Revolutionsparlament.

Und der, der den Zusammenhang zwischen Tragödie und Farce erkannt hatte, setzte sich an ihre Spitze; sein postum von Karbunkeln gereinigter Rücken verdeckte lange Zeit die großen Tragödien, die das 20. Jahrhundert brachte – die Farce aufs Ganze steht uns möglicherweise noch bevor.

1848

Sechzig Jahre nach dem Schleifen der fast leeren Bastille kam in Deutschland 1848 die Revolution erst gar nicht richtig in Fahrt. Jene Kräfte, die in Frankreich 1789 ff. die Revolutionsgewinner und -gewinnler, also die Rechten gewesen waren, hatten sich von Anfang an ins Lager der Konterrevolution gestellt. Denn wesentliche formale Menschenrechte hatten die preußischen Reformen ihnen schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts gebracht. Wozu also noch Revolution?

Als ihre Maxime war erkennbar: Lieber als Untertan auf den Knien vegetieren als auf der Guillotine den Kopf verlieren. Die Linke im Revolutionslager war deshalb eine Linke ohne Rechte geblieben – ohne die es natürlich keine Linke geben kann. Plötzlich war nun die Revolution links und die Konterrevolution rechts – letztlich eine völlig unsinnige Widerspiegelung der wirklichen Konstellation. Denn da befanden sich nicht mehr wie 1789 ff. zwei im selben Boot und rangen um dessen Kurs, sondern da trieb einer ohne Mast und Steuer allein im Sturm, bis sein Bötchen in die Gesellschaft versank, der die Konterrevolution schon längst wieder ihre Hegemonie aufgeherrscht hatte. Hier ging es nicht mehr um rechts oder links, hier ging es nur noch um oben oder unten.

Doch auch »gescheiterte Revolutionen« sind Geburtshelfer für eine nächste Welle an Entwicklung. Letzlich entband die Revolution von

»Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce. ... Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser alt ehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen.« Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte [1852], in: Ders., Friedrich Engels: Werke [MEW], Bd. 8, Berlin 1960, S. 115.

1848, auch wenn sie die spätabolutistisch geprägte Herrschaft nicht durch eine demokratischen Republik zu ersetzen vermochte, in den deutschen Landen die bürgerliche Klassengesellschaft.

Die Staatlichkeit dieser Gesellschaft formte sich in der Folge zu einem militaristischen Obrigkeitsstaat samt voll entfaltetem Untertanengeist um. Denn ein Krautjunker aus der Altmark hatte sich gesagt: Ehe wir die Revolution erleiden, machen wir sie selbst. Seiner Kaste rettete er wesentliche Teile der politischen Macht, indem er Napoleons Maxime umdrehte: so viel Ungleichheit wie nur irgend möglich, so viel Gleichheit wie absolut unvermeidbar. Kind dieser »Revolution von oben« wurde Preußendeutschland – ohne Österreich, »kleindeutsch«, nördlich, kalt, mit Bier statt Wein, einer dazu passenden barbarischen Küche und noch barbarischerer Musik: Marschmusik.

Eine zündende Idee für dieses von oben herbeirevolutionierte Gebilde – ähnlich der, die die Franzosen mit »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« zustandegebracht hatten – konnte Bismarck jedoch nicht vorweisen. Mit »etwas weniger Unfreiheit und Ungleichheit sowie nicht ganz so viel geheuchelter Barmherzigkeit« ließ sich halt kein Staat machen.

Deshalb stellte er dem – gewiß nicht sonderlich sympathischen – Nationalismus der Franzosen, der sich aus einem Akt der Befreiung speiste, einen verordneten Nationalismus gegenüber, dessen Kraftzentrum Militär und Militarismus bildeten. Die Dichter und Denker, seit Mitte des 18. Jahrhunderts Markenzeichen der deutschen Lande, verloren nun endgültig den Hauch an scheinbarer Hegemonie, der sie umflort hatte, an eine Kaste, die Mord im Staatsauftrag und Opfertod als höchste Lebensziele propagierte. Eine mediokre Figur wie Wilhelm II. brauchte das Ganze nur noch durch einen maßlosen Imperialismus zu ergänzen – und fertig war die nächste Revolution.

SPD

In der Depressionsphase nach der Revolution von 1848/49 schien das Kapitel »Linke« dann nun aber wirklich abgeschlossen zu sein. 1849 ff. waren die Revolutionäre von Ost nach West aus dem europäischen Festland regelrecht herausgekehrt worden; die meisten kamen erst an den Gestaden der Neuenglandstaaten wieder zum Stehen.

Da erwachte plötzlich eine Klasse, die zuvor nur in der Werkstatt der Welt zu entdecken gewesen war: das Proletariat, die Arbeiterklasse, der 4. Stand. Kurzum Menschen, die ihre Arbeitskraft verkauften und die mehr Wert schufen, als sie zur Reproduktion ihrer eigenen Arbeitskraft benötigten, denen aber oft selbst das Minimum ihrer Reproduktionskosten verweigert wurde und die einer Vernichtung durch Arbeit nur entgehen konnten, wenn sie sich zusammen mit Leidensgenossen gegen Löhne wehrten, mit denen ihre Kosten beim besten Willen nicht zu decken waren.

Im katholischen Irland und im katholischen Polen, später auch im orthodoxen Rußland, entgingen viele Arbeiter der Selbstausrottung per Fusel oft nur dadurch, daß sie in die Neue Welt auswanderten. Im protestantischen Land der Dichter und Denker hingegen beglückte ab den 1850er Jahren die fünfte und sechste Garnitur der Dichter und Denker – Kleinbürgersöhne, die ihre durch den Verlauf der 1848er Revolution geschwächte gesellschaftliche und politische Po-

Preußische Reformen
 1807 – Beseitigung der
 Gutsuntertänigkeit
 (Leibeigenschaft)
 1808 – Heeresreform,
 Abschaffung des adligen
 Offiziermonopols und
 der Körperstrafen
 1808 – Städteordnung
 beteiligt Bürgertum an der
 Staatsverwaltung
 1809 Bildungsreform
 1810 Gewerbefreiheit
 1811 Regulierungsdekret
 macht alle Bauern zu
 Eigentümern der Höfe
 1812 Emanzipationsdekret
 für die Juden

Ferdinand Lassalle
(1825-1864) – Schriftsteller,
Politiker, Staatssozialist
und Arbeiterführer. Als
erster Präsident des
Allgemeinen Deutschen
Arbeitervereins (ADAV)
war er 1863 der Gründer
der ersten Vorgänger-
organisation der bis heute
bestehenden SPD und
gilt damit als einer der
Gründerväter der deut-
schen Sozialdemokratie.
[http://de.wikipedia.org/wiki/
Ferdinand_Lassalle](http://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_Lassalle)

sition durch eine verbreiterte soziale Basis zu verbessern suchten: die Arbeiterschaft. Die wirklich schöpferischen Leute schlugen sich zu dieser Zeit vielfach außer Landes durch. Da die Offizierslaufbahn und der gehobene Staatsdienst den Proleten verschlossen waren, blieb ihnen als möglicher Pfad zur eigenen Wohlfahrt nur die Bildung. Deshalb hatten Arbeiter an den ganz bürgerlich daherkommenden Arbeiterbildungsvereinen nicht unerhebliches Interesse.

Doch durch das Tor dieser Bildungsvereine schlüpfen bald auch die Remigranten der 48er Revolution sowie innere Emigranten samt jungen Revolutionären und infizierten die in Bewegung geratenen Arbeiter mit sozialistischem Gedankengut. Denn die neue kapitalistische Produktionsweise hatte in ihrer noch ungebremsen Brutalität spätestens mit dem Gründerkrach von 1873 Kapitalismuskümmigkeit ausgelöst. Eine sozialistische Arbeiterbewegung und ein sozialistisches Arbeitermilieu entstanden, eine in dieser Art einmalige Synthese zwischen sozialistischen Ideen und Arbeiterschaft – natürlich nicht der gesamten Klasse, nicht einmal ihrer Mehrheit, aber in der Öffentlichkeit durchaus dominant. Die, nicht zuletzt von Karl Marx verfochtene, These, daß das Proletariat auserwählt sei, die Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung wenn auch nicht gerade zu erlösen so doch zu befreien, schien glänzend bestätigt.

In Wirklichkeit geschah aber etwas anderes: Die Beleidigten, Erniedrigten und Verlassenen hatten binnen zwei Jahrzehnten um eine sozialistische Partei herum der Mehrheitsgesellschaft eine eigene Gesellschaft gegenübergestellt: vom Konsumverein bis zum Abstinenzlerbund, von der Unterstützungs- bis zur Bausparkasse, von den Gewerkvereinen, den späteren Gewerkschaften, bis zum Freidenkerbund für Jugendweihe und Beerdigung, von den Turnvereinen bis zum Volkshaus und der Freien Volksbühne, mit eigenen Verlagen, eigenen Zeitungen, eigenen Zustelldiensten – einmalig in der Weltgeschichte und so auch nicht wiederholbar.

Die Partei, die während des »Sozialistengesetzes« zwölf Jahre lang verfolgt und am Ende siegreich geblieben war, da sie im proletarischen Milieu schwamm wie der Fisch im Wasser, hatte – nicht zuletzt international – ein enormes moralisches Kapital angehäuft.

Trotzdem handelte es sich um eine sozialistische Notgemeinschaft, in der freiwillig nur wenige verblieben. Da in der ersten und oft auch zweiten Generation der soziale Auf- und Ausstieg meist unmöglich waren, verlagerten sich die Hoffnungen vieler auf die nächste Generation, »die es einmal besser haben sollte«.

Die Führer der Partei und der Gewerkschaften waren innerhalb weniger Jahre zu mächtigen Männern aufgestiegen, sie verfügten über gewaltige Ressourcen, wußten jedoch seit dem Sozialistengesetz auch, daß das von ihnen konstruierte Gebäude ständig gefährdet war. Die sozialistische Idee benötigten sie als ideologischen Bindekitt, mit dem sie ihrer Notgemeinschaft einen höheren Zweck zu verleihen suchten. Noch 1903 hatten sie nach einem langen Streit um Weg und Ziel – der sogenannten Revisionismusdebatte – einem revolutionären Weg zum Sozialismus ihren Segen erteilt. Privatim glaubten sie, seitdem sie großen Organisationen vorstanden, allerdings längst nicht mehr an ihn; noch weniger wünschten sie ihn. Statt dessen gedachten sie, ihre Minderheitsgesellschaft durch ständigen Zuwachs

– nichts zuletzt an Parlamentssitzen – in eine sozialistische Mehrheitsgesellschaft zu verwandeln und so zum Sozialismus zu gelangen.

Von diesem Plan trennten sie sich jedoch um 1907, nach einem Wahldebakel. Sie hatten begreifen müssen, daß sie dabei waren, sich zu Tode zu siegen. Denn spätestens mit dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 waren die deutschen Eliten vom (vorerst verlorenen) Bewegungskrieg zum Stellungskrieg samt Zugeständnissen an proletarisierte Existenz und Seele übergegangen. Die Mehrheitsgesellschaft begann, wenn auch vorerst nur langsam, sich gegenüber den Unterprivilegierten zu öffnen. Die Kehrseite dieses sozialistischen Erfolges: In der Minderheitsgesellschaft verfloß die Kapitalismuskümmigkeit; die Sehnsucht, zur Mehrheit zu gehören, wurde übermächtig. Das Nervengift des Totschlag-Nationalismus, das diese Mehrheitsgesellschaft zusammenhielt, kontaminierte nun auch das proletarische Milieu und wurde neben dem Sozialismus zu dessen zweiter ideologischer Konstante – ein verheerendes Amalgam.

Halb zog die Mehrheitsgesellschaft die Minderheit, halb sank sie hin. Strategisch befanden sich die proletarischen Führer nun auf der Verliererstraße; fortan setzten sie nicht mehr auf eine zu erringende sozialistische Mehrheitsgesellschaft, sondern auf eine Machtteilung – und die proletarischen Massen folgten ihren sozialdemokratischen Führern überall hin, bis zu den Schlachtbänken des Weltkrieges.

1917

Am zwölften Jahrestag des Petersburger Blutsonntags, man schrieb nach Julianischer Zeitrechnung den 9. Januar 1917 und befand sich im dritten Weltkriegswinter, sprach im friedlichen Zürich der Jakobiner aus Simbirsk, ein weithin unbekannter Emigrant, zu einigen unbekanntem Emigranten, zumeist aus dem russischen Reich. Er stand wenige Monate vor seinem 46. Geburtstag, hatte sein Leben mit dem Herbeiführen der Revolution verbracht – was er sich hatte leisten können, weil er nicht einen einzigen Tag mit Erwerbsarbeit hatte vertun müssen – und konnte auch an diesem Morgen seine Depressionen nur schwer verbergen. Er und die anderen Alten würden die Revolution wohl nicht mehr erleben, aber die Jüngeren unter den Anwesenden sehr wohl, denn die Revolution werde in jedem Fall kommen. Sechs Wochen später brannte Rußland – der Sturz des Zarismus hatte dieser Berufsrevolutionäre nicht bedurft.

Nach ihrer Heimkehr an die Newa bekam die Rechts-Links-Unterscheidung noch einmal einen Sinn, schlug Lenin doch im Namen seiner Gruppierung, der Bolschewiki – jedoch ohne deren Wissen und erst recht ohne deren Zustimmung – die Hand, die ihm die erfolgreichen Revolutionäre des Februar 1917 bei seiner Ankunft entgegenstreckten, brüsk aus. Er kannte die These von Engels, daß die erreichbaren Ergebnisse einer Revolution nur zu sichern waren, wenn sie weit über das Erreichbare hinaus nach links getrieben wurde, so daß beim unvermeidbaren Rückschlag das Pendel im Bereich des Möglichen zu stehen kam, die Revolution also nicht auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen würde.

Doch das allein war nicht Lenins Antrieb. Für ihn waren die formalen Menschenrechte nur zu sichern, wenn sie um die sozialen Menschenrechte erweitert wurden – und zwar mit aller Konsequenz.

Jörn Schütrumpf: Kapitalismuskümmigkeit, in: Das Blättchen, 2007, H. 4.

»Nikolaj Čcheidze, ein Menschewik und Vorsitzender des Petrograder Sowjets, erschien, um den zurückkehrenden Führer der Bolschewiki zu begrüßen. Vor dem Bahnhofsgebäude hatten sich zahlreiche Arbeiter und Soldaten versammelt ...

Dann begannen die Feierlichkeiten schiefzuziehen. Lenin wollte mit dem Geist der allgemeinen Verbrüderung nichts zu schaffen haben ... Čcheidze begrüßte ihn als hochangesehenen Emigranten und appellierte an alle Sozialisten, zusammenzuarbeiten, doch Lenin würdigte ihn kaum eines Blickes und erwiderte die Ansprache mit dem Aufruf zur ›sozialistischen Weltrevolution‹ ... Lenins Worte bestürzten praktisch jeden, der sie in jener Nacht zu hören bekam; viele Zuhörer glaubten, daß er verrückt geworden sei. Kamenew und andere führende Bolschewiki waren

perplex und hofften nur, Lenin werde wieder zur Vernunft kommen, sobald er die lange Trennung von der Heimat überstanden hatte. Sogar Nadežda Konstantinovna [Lenins Frau – J. S.] scheint an seiner geistigen Verfassung gezweifelt zu haben.«
Robert Service: Lenin. Eine Biographie, München 2000, S. 347 f.

Für ihn war die russische Revolution die Eröffnungsrevolution einer weltweiten Revolution zu sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit.

Die Rechts-Links-Konstellation im Lager der Revolution war aber keineswegs so naturwüchsig wie 1789 ff. Im Interesse seiner eigenen Handlungsfreiheit denunzierte Lenin Menschen, die zwar weitgehend seine Auffassungen teilten, aber auf der gleichen Augenhöhe bestanden, als »Rechte« und verließ der Rechts-Links-Unterscheidung so etwas Künstliches und Willkürliches – eine Praxis, die mit anderen Begriffen ursprünglich die Inquisition inauguriert hatte und die eine neue Inquisition zeugen sollte.

Die Kriegsmüdigkeit und die Landfrage hatten fast alle Gebiete Rußlands in hellen Aufruhr versetzt; ab Sommer 1917 fand er seinen politischen Ausdruck am adäquatesten in den Forderungen der Bolschewiki, wodurch sie vom Rand ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen gelangten. In der im Bauernland Rußland sozial alles entscheidenden Landfrage hatten die Bolschewiki sogar ihre eigene Position – Verstaatlichung des Bodens – zugunsten der Massenstimmung – Bodenreform via Aufteilung und Schaffung einer breiten grundbesitzenden Klasse – aufgegeben. Damit hatten sie ihre »proletarische Revolution« mit einem Kleinstproletariat (zwei Millionen gegenüber 160 Millionen Bauern) taktisch in die Vorhand, strategisch aber in die Falle manövriert.

Ihre Machtergreifung im Oktober 1917 war eine Konsequenz dieser Konstellation und keineswegs ein Putsch; die Art, wie sie die einmal errungene Macht dann verteidigten, trug aber putschistischen Charakter. Sie hatten die Revolution nach links getrieben und die Lösung der Landfrage, die seit Frühjahr 1917 in den Dörfern vor Ort entschieden worden war, durch ihr Dekret über den Boden legitimiert. Doch entscheidend für sie war die »Weltrevolution«, die einst Heinrich Heine in Anlehnung an Goethes »Weltliteratur« kreierte hatte. Die Bolschewiki verstanden sich als Vorkämpfer dieser Weltrevolution, die sie aber nicht von Heine, sondern von Marx geerbt glaubten: Sie sahen sich als Platzhalter und damit als jemanden, der eine Tür geöffnet hatte, durch die die eigentlichen Helden, die Revolutionäre des industriegesellschaftlich entwickelten Westens, erhaben Hauptes noch schreiten sollten.

Mit der Machtergreifung der Bolschewiki hatte die russische Revolution ihren Zenit erreicht, von nun an konnte das Pendel nur noch zurück in Richtung Restauration schlagen. Um das wenigstens äußerlich zu verhindern, waren die Bolschewiki bereit, fast alles zu tun, sogar die formalen Menschenrechte, die einst in den Revolutionen Nordamerikas und der der Franzosen erstmals erkämpft worden waren, zu suspendieren.

Damit machten sie aber nur scheinbar »links« von den Jakobinern weiter. Denn die waren heroisch genug gewesen, Revolutionäre zu bleiben, also sich im Rahmen der Revolution zu halten: Statt die Demokratie ihrer Selbst- und Machterhaltung darzubringen, opferten sie sich im Namen der Demokratie selbst. Indem die Bolschewiki versuchten, der Revolution Dauer zu verleihen, verließen sie letztlich den Rahmen der Revolution – in Richtung permanentem Ausnahmezustand. Rückblickend meinte Trotzki, auch er habe sich an der Macht stets wie ein Illegaler bewegt.

Schon auf dem III. Parteitag der SDAPR – 1905 – machte Lenin keinen Hehl daraus, wie er in einer Revolution vorzugehen gedachte: »Die demokratische Diktatur ist ... eine Organisation des Krieges. Selbst wenn wir Petersburg eroberten und Nikolaus guillotinierten,

Mit dem Auseinanderjagen der Konstituante im Januar 1918 gelang es den Bolschewiki zwar, die – jeder Revolution eigene – Fraktionsabfolge zu unterbrechen, aber keineswegs das Zurückfluten der Revolution zu verhindern. Indem sie die Fraktionsabfolge unterbrachen, waren die Bolschewiki gezwungen, die jeweiligen Funktionen Schritt für Schritt selbst auszuüben. Während in der aufsteigenden Phase der Revolution die Führung von rechts immer weiter nach links wandert und zumeist in jeder neuen Stufe eine neue Gruppe die Macht übernimmt, wandert sie in der absteigenden Phase von links nach rechts: von W. I. Lenin bis zu Boris Jelzin, der dann aber weder gewillt noch – so wie seine Vorgänger – in der Lage gewesen war, die von der Oktoberrevolution freigesetzte bürgerliche Gesellschaft zu unterdrücken.

Aus ihrem Selbstverständnis als Avantgarde einer künftigen Gesellschaft, in der alle Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt sein sollten, zogen sie die ihnen für ihr Handeln hinreichend scheinende Legitimation. Die Frage nach Mehr- und Minderheiten erklärten sie zu formalem, wenn nicht gar konterrevolutionärem Unfug: Mit uns zieht die neue Zeit. Wenn möglich, mit der Mehrheit, wenn nötig; ohne sie, schlimmstenfalls gegen sie. Damit wurde der Lebensnerv zwischen Revolution und Demokratie, zwischen Sozialismus und Demokratie zerschnitten. Revolution und Sozialismus schlüpften in eine autoritäre Gestalt, die ihrerseits schnell übermächtig wurde und die beiden sich nur noch als zierenden Federschmuck zu »Kampf- und Feiertagen« ans Haupt klebte.

Da im Ausnahmezustand formale Menschenrechte bestenfalls als jederzeit suspendierbares Zugeständnis existieren, konnten unter der Herrschaft der Bolschewiki auch die »Kinder« der formalen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft, nicht freigesetzt werden. Das einzige zivilgesellschaftliche Element, das sich unter diesen Bedingungen prächtig zu entwickeln vermochte, war eine Sumpflüte: die organisierte Kriminalität.

Mit dem Ausschalten aller anderen revolutionären Strömungen hatte die Rechts-Links-Unterscheidung endgültig jeden Sinn verloren. Links wurde zur Nebelwand, hinter der sich die wahren Verhältnisse, ein neues Unten und Oben, verbargen. Die Revolution, die die formalen um die sozialen Menschenrechte hatte ergänzen sollen, doch das Gegenteil gezeugt hatte, war vor 1789 zurückgefallen.

In den Jahrzehnten bis 1991 durchlief die Herrschaft der Bolschewiki alle Phasen einer absteigenden Revolution – qualvoll: für sie selbst, für die ihnen ausgelieferte Gesellschaft und für alle, die gewillt waren, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein beleidigtes, erniedrigtes und verlassenes Wesen ist. Die Bolschewiki folgten dabei Schritt für Schritt stets sich selbst.

Mit der Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes im Jahre 1921 entmachteten sie die Arbeiterschaft politisch – eine Entmachtung, die in Rußland bis zum heutigen Tage anhält. Mit der Neuen Ökonomischen Politik begann die Suche nach einer neuen sozialen Basis. Anfänglich sollte es ein Staatskapitalismus werden. Doch die Herrschaft der Bolschewiki wurde in Wirklichkeit zum bonapartistischen Tanz über den Klassen. In Land und Stadt entfalteten sich die kapitalistische Produktionsweise und die von ihr geprägte Klassen-

hätten wir einige Vendées vor uns. Marx ... sagte, der Terrorismus von 1793 sei nichts als eine plebejische Manier gewesen, mit dem Absolutismus und der Konterrevolution fertig zu werden. Auch wir ziehen die »plebejische« Manier, mit der russischen Selbstherrschaft fertig zu werden, vor und überlassen der »Iskra« die girondistischen Manieren.

W. I. Lenin: Referat über die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung. 18. April [1. Mai] 1905, in: LW, Bd. 8, S. 389.

»Die ideelle Weihe darf dem Kasernenleben nicht fehlen, sie wird hergestellt durch den Kasernenkommunismus, wodurch der Verachtung gemeiner bürgerlicher Tätigkeit eine höhere Bedeutung erwächst. Da diese kommunistische Kaserne indes nicht mehr unter den Kriegsartikeln steht, sondern nur unter der moralischen Autorität und dem Gebot der Aufopferung, so kann es nicht fehlen, daß zuweilen Prügeleien über die gemeinschaftliche Kasse entzünden, wobei die moralische Autorität nicht immer ohne ein blaues Auge davonkommt. Findet sich irgendwo in der Nähe ein Handwerkerverein, so kann dieser als Rekrutierungsanstalt für das anzuschaffende Korps benutzt ... werden. Vielleicht läßt es sich auch einrichten, daß im Hinblick auf die höhere prinzipielle Bedeutung, die die Kaserne für die Zukunft des Proletariats hat, der Verein Gelder in die Menage liefert. In der Kaserne wie im Verein wird das Predigen und die patriarchalisch-klätschelnde Manier des persönlichen Verkehrs nicht ohne Wirkung bleiben. Der Parteigänger verliert auch im Frieden seine unentbehrliche Zuversicht nicht, und wie früher stets nach jeder Schlappete für den morgenden Tag den Sieg, so verkündet er nunmehr stets die moralische Gewißheit u. d. philosophische Notwendigkeit, daß es binnen vierzehn Tagen »losgehn« werde, nämlich es.«
Karl Marx, Friedrich Engels: Die großen Männer des Exils [1852], in: MEW, Bd. 8, S. 322.

und Sozialstruktur prächtig. Es war nur ein Frage der Zeit, wann die neuen Reichen der Herrschaft der Bolschewiki ein Ende gemacht hätten.

Dem kamen Stalin, Kaganowitsch und die anderen Exponenten der in den zwanziger Jahren entstandenen neuen politischen Klasse zuvor. Sie zerschlugen – beginnend mit der Kollektivierung, die keine Kollektivierung, sondern eine Versklavung war – Stück für Stück die Gesellschaft und ersetzten sie durch eine Militärgesellschaft. An die Stelle von Entwicklung setzten sie den »Aufbau«, sie versuchten immer wieder, die zum Durchbruch drängenden Tendenzen zu unterdrücken und das »Wasser bergauf fließen zu lassen«, letztlich also selbst Gott zu spielen. Terrorwelle um Terrorwelle ließen sie zu diesem Zweck über das Land rollen und Freund und Feind vernichten. Sie haben für »die Sache« niemanden geschont.

Marx und Engels hatten einst einen Kasernenkommunismus als Karikatur auf die Idee einer von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Gesellschaft antizipiert und sich darüber lustig gemacht. An der russischen Variante war jedoch überhaupt nichts lustig. Daß der Hitlerfaschismus noch schlimmer wütete und an den Völkern der Sowjetunion – und keineswegs am »Organisator des Sieges« – scheiterte, machte den russischen Kasernenkommunismus nicht besser.

Chruschtschow – auch er ein blutbesudelter Massenmörder von Stalins Gnaden – hatte immerhin so viel Vernunft, die Entwicklung zurück ins alte Flußbett zu lenken; der Kasernensozialismus wandelte sich in eine staatskapitalistisch verfaßte Gesellschaft. Am Ende warf die herrschende politische Klasse die staatliche Form des kapitalistischen Eigentums ab und privatisierte es. Jelzin war der Vollstrecker einer Entwicklung, die trotz allen Blutes und Terrors nicht hatte verhindert werden können. Er machte den letzten Schritt der Oktoberrevolution, deren Exponenten geglaubt hatten, eine bessere Welt zu finden, und in Rußland doch nur eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hatten freisetzen können.

1918

Auch in Deutschland stellte sich scheinbar noch einmal eine Rechts-Links-Konstellation her: durch eine kleine Gruppe um Rosa Luxemburg und Franz Mehring, die auf revolutionären Positionen verharrete und zu der nach Weltkriegsbeginn auch Karl Liebknecht stieß. Bald wurde sie Spartakusgruppe genannt. Ihre Anhänger sahen sich in der Tradition der Linken von 1789 ff. und in der von Karl Marx, lehnten aber das Avantgarde-Verständnis der Bolschewiki ab. Sie verstanden sich zwar ebenfalls – wie die Bolschewiki auch – als der aufgeklärteste Teil der sozialistischen Bewegung, glaubten aber, daß nur die Bewegung, nicht aber die Avantgarde die Entscheidungen der Bewegung treffen durfte. In der Entscheidung von Minderheiten »im Interesse von Mehrheiten« (»der Arbeiterklasse« etc.) sahen sie einen Pfad, auf dem die Mittel selbst bei allerbestem Willen der Akteure die Ziele nur verderben konnten.

Jegliche Geheimbündelei und jegliche Organisationsfixiertheit, hinter der sich immer noch stets der Zentralismus zu verbergen gewußt hat, waren ihnen fremd. Aber ausgerechnet sie gerieten während des Weltkrieges – nicht zuletzt durch das Zutun der Führung ihrer

eigenen Partei, der SPD, der ein gutes Verhältnis zum kaiserlichen Staat längst deutlich wichtiger war als zu den eigenen Leuten, zumal wenn sie an »veralteten Auffassungen« festhielten – in die Situation eines Geheimbundes, der immer tiefer in die Illegalität hineingetrieben wurde. Frauen wie Bertha Thalheimer und Rosa Luxemburg kamen ins Gefängnis oder in »Schutzhaft«, Männer an die vorderste Frontlinie; Rückkehr unerwünscht. Gustav Noskes Zustimmung im Januar 1919 zur Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg stand ganz in der Kontinuität des vertrauensvollen Zusammenwirkens zwischen SPD- und Reichswehrführung während des Krieges und der Vereinbarung zwischen SPD-Chef Friedrich Ebert und Generalquartiermeister Wilhelm Groener vom 10. November 1918, die Revolution niederzuwerfen.

Das war möglich, weil die proletarischen Massen, die sich von ihren sozialdemokratischen Führern sogar in den »Heldentod« hatten schicken lassen, 1918 zwar von einer Kriegs-, aber keineswegs von einer Kapitalismuskümmigkeit befallen worden waren. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Genossen vermochten nicht, zwischen beidem zu unterscheiden, und zahlten dafür den höchsten Preis.

Im November 1918 wiederholte sich letztlich die Konstellation von 1848: Die Linke blieb im Revolutionslager ohne Rechte; die SPD-Führung stand – wie 1848 das liberale Bürgertum – aus gut verstandenem Eigeninteresse vom ersten Moment an im Lager der Konterrevolution. Diese »gescheiterte Revolution« bescherte Deutschland eine für ihre Zeit sehr demokratische Republik samt Frauenwahlrecht und Betriebsräten. Aber da diese Revolution wesentlich von einer schnell zerfallenden Soldatenbewegung getragen worden war, mangelte es dieser Republik an sozialer Verankerung.

»Links« war längst zur unsichtbaren Mauer geworden, die die emanzipatorischen Kräfte von der Gesellschaft trennt. Das hatte sich schon erstmals 1914 gezeigt: in den wohlwollenden Reaktionen der SPD-Klientel auf die – eindeutig »rechte« – Entscheidung ihrer Reichstagsfraktion, den Kriegskrediten zuzustimmen. Die Rechts-Links-Konstellation spiegelte nun nicht einmal mehr scheinbar signifikante Konstellationen wider. Denn Umbrüche in den Tiefen der Gesellschaft hatten schwerwiegende Umorientierungen bewirkt. Und das keineswegs nur in Deutschland: Józef Piłsudski, Benito Mussolini und die ersten Nationalsozialisten – sie agierten im mährischen Iglau – wechselten nicht zufällig von der Linken ins Lager der vorauseilenden Konterrevolution. Sie wußten, woher sie kamen.

Der Faschismus gilt heute noch als rechts, ebenso wie der Stalinismus – nicht nur seinen Anhängern – als links gilt. Dabei passen weder er noch der Faschismus ins Rechts-Links-Schema der bürgerlichen Revolutionäre. Deshalb wurde dieses Schema »weiterentwickelt«: Rechts und links wurden ihm »Extreme« angeklebt – eine eher hilflose und die wirklichen Verhältnisse beschönigende Operation.

Von der Kapitalismuskümmigkeit, die – anders als 1917 in Rußland – 1918 in Deutschland nicht massenhaft aufgetreten war, profitierte, als sie dann doch ausbrach, der sich antikapitalistisch gebärdende Faschismus der Nationalsozialisten. Bis das soweit war, hatte es allerdings noch einer alle Geld- und Moralwerte vernichtenden Inflation, einer sogenannten Stabilisierung, in der die nicht abgesicherte Ar-

Das Zusammenwirken von SPD- und Reichswehrführung während des Ersten Weltkrieges wäre ein interessantes Thema für eine Dissertation.

»Eine Niederlage erblicke ich ferner darin, daß es uns nicht gelungen ist, dem riesenhaften Anschwellen der Nazis Einhalt zu gebieten. ... Außerdem befinden sich unter der Hitlergefellschaft unstreitig auch viele proletarische Elemente, die sich sowohl von der SPD wie von der KPD enttäuscht fühlen. Gerade die Sturmkolonnen der Nazis enthalten ein gut Teil arbeitsloser Proletarier. Die zwifache Niederlage unserer Partei kann und darf um so weniger verschwiegen werden, als die objektive Situation günstigste Vorbedingungen für unsere Aktion geschaffen hat und täglich weiter schafft. Die ungeheure Spanne zwischen der günstigen objektiven Situation und dem rückständigen subjektiven

Faktor der geschichtlichen Entwicklung zu verkleinern, zu überwinden ist die historische Aufgabe unserer Partei. Sie hat bis jetzt das Examen auf die Erfüllung dieser Aufgabe leider sehr schlecht bestanden. Das darf nicht eine Minute verschleiert oder beschönigt werden.«

Clara Zetkin an Wilhelm Pieck, 14. März 1932, in: Florence Hervé (Hrsg.): Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist, Berlin 2007, S. 126.

Margarete Buber-Neumann: Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel, Stuttgart 1958.

beitslosigkeit kaum unter acht Prozent gesunken war, und der Katastrophe der Weltwirtschaftskrise bedurft.

Der Arbeiterbewegung war längst die Bewegung abhandengekommen. Zudem war das organisierte Proletariat gespalten: in einen sozialdemokratischen Koloß auf tönernen Füßen, dessen Vorsteher sich nur noch auf die Rolle des »Arztes am Krankenbett des Kapitalismus« verstehen mochten, und in eine fremdfinanzierte »Bruderpartei«. Die bediente statt der Interessen ihrer eigenen Klientel die Wünsche eines ausländischen Staates – dessen innere Zustände sie mit viel Sozialromantik erfolgreich zu verschleiern wußte. 1932/33 dann stürzte sie sich mit absurder Propaganda für ein Sowjetdeutschland und mit Sozialfaschismuspöbeleien auf den Lippen in den Abgrund und riß viele ihrer Anhänger ins Unglück. Selbst große Teile ihrer eigenen Führung wurden ausgelöscht, wobei in der Arbeitsteilung zwischen deutschen Nationalsozialisten und russischen Stalinisten letztere der KPD den höheren Blutzoll auferlegten und das Verhältnis letzten Endes nur deshalb wieder etwas zu ihren Ungunsten verschoben, weil sie in der Zeit der unverbrüchlichen Freundschaft zwischen Josef Stalin und Adolf Hitler (1939-1941) Kolonnen von Todgeweihten an die Gestapo überstellten, die ihrerseits aber nicht alle umbrachte, so daß einige Todgeweihte 1945 sich ein zweites Mal der Liebe des »Vaterlandes der Werktätigen« ausgesetzt sahen. Im Namen der »Linken«, versteht sich.

2007

Trotzdem ist der Bezug auf das Erbe der Linken von 1789 ff. durchaus immer noch sinnvoll und aller Ehren wert – zumindest wenn dieses Erbe als Traditionsbestand und nicht als Selbstreferenz behandelt wird. Denn »links«, ursprünglich ein Ehrentitel für jene, die gewillt waren, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist – so Karl Marx in Anlehnung an Ludwig Feuerbach, dessen kategorischen Imperativ er aus der Religionskritik in die Kritik der Lebenswirklichkeit holte –, hat sich längst in ein goldenes Gehäuse verwandelt. Die Taue, mit denen die »Linke« trotz aller Fragwürdigkeiten einst in der Gesellschaft verankert war, sind spätestens seit 1933 – wenn man ganz ehrlich ist: seit 1918 – zu unscheinbaren Fädchen zerschlissen.

Bei der Aufrechterhaltung des Rechts-Links-Schemas hat die »Linke«, völlig guten Gewissens, ihre – zugegeben, nicht vorsätzlich erwählten, aber dafür zuverlässigsten – Partner in den kapitalverursachten Eliten gefunden. Denn die hätscheln mit nicht erlahmender Zuwendung das Gottesgeschenk, das ihnen die Französische Revolution machte. Sowohl in den USA – »Demokraten« versus »Republikaner« – als auch in Europa wird seit Jahrzehnten von diesen Eliten mit Vorsatz die Fortschreibung der Rechts-Links-Konstellation betrieben: gerade weil sie mit den Verhältnissen, die heute in der Gesellschaft herrschen, kaum noch etwas zu tun hat und deshalb für diese Eliten völlig ungefährlich ist. Politik in der Rechts-Links-Konstellation bildet eine Nebelwand, die den Blick auf die Gesellschaft in Schleier legt. Und die oft naive – oder ist sie vielleicht gar nicht so naiv? – »Linke« spielt überall mit.

Etwa die Hälfte der deutschen Wähler kann sich heute schon nicht mehr im Rechts-Links-Schema wiederfinden, denn diese Konstellation hat mit ihrer Lebenswirklichkeit kaum noch etwas zu tun. Diese Wähler haben sich immer wieder überzeugen lassen, an dem Rechts-Links-Spiel zu beteiligen, das SPD und CDU mit nicht erlahmender Chuzpe simulierten. Bis diese Wähler irgendwann begriffen, daß es schon seit langem nicht mehr um links oder rechts, sondern nur noch um unten oder oben geht – beides aber, sehr absichtsvoll, nicht zur Abstimmung gestellt wird.

Der Sozialstaatsgesellschaft der Bundesrepublik läutete mit dem Fall der Mauer das Totenglöckchen. Doch was macht seitdem die »Linke«? Statt auf die sich ausbreitende Kapitalismuskümmigkeit mit einer intelligenten Kritik an der grassierenden Asozialität der deutschen Eliten als den Nutznießern der jetzigen Produktionsweise zu reagieren, tut sie seit der friedlichen Herbstrevolution so, als seien die westdeutschen Zustände der siebziger Jahre für ewig festgeschrieben. Ihre Politik unterscheidet sich kaum von der, die einst die SPD-»Linke« praktizierte: da, mitunter sogar scharf formulierte, Kritik, hier Verteidigung einer einmal errungenen, heute aber längst nicht mehr haltbaren Position, dort ein kleiner Entlastungsangriff – alles in der Hoffnung, in einer der nächsten Koalitionen doch noch als Mittäter zugelassen zu werden. Das Stadion der siebziger Jahre, in dem all diese Spiele eine gewisse Berechtigung hatten, existiert aber längst nicht mehr. Denn die deutschen Eliten haben nach dem Fall der Mauer – nahezu geräuschlos – den Übergang zu einem Bewegungskrieg gegen den »Rest der Gesellschaft« vollzogen.

Die Linke aus West und Ost, alles andere als unschuldig und morgens schön, wird im Moment von der Ohnmacht eines abzusehenden Scheiterns aufs gemeinsame Lager gezwungen. Die einen sind gar nicht erst auf die Beine gekommen, die anderen können sich kaum noch auf ihnen halten. Doch Vernunftfeiern sind manchmal ganz erfolgreich. Denn trotz aller Probleme kann das gemeinsame Kind gesund zur Welt kommen; vorausgesetzt man beabsichtigt, eins zu zeugen und nicht, gut gebettet, sich auf den Stufen des Reichstages zur letzten Ruhe zu legen. Dafür haben die kapitalverursachten Eliten jedoch schon alles vorbereitet: Die Falle – die Ablösung der SPD durch die gesamtdeutsche Linke – steht weit geöffnet im Raum. Denn: The show must go on. Manche scheinen es gar nicht erwarten zu können.

Wendet man jedoch den Kopf aus dem »Raumschiff Politik« auf die gesellschaftliche Wirklichkeit, wird man kaum am eigentlichen Elend vorbeischaun können: Denn längst wird nicht mehr nur der Lohnarbeiter ausgebeutet. Neben die Gewinne, die aus der Ware Arbeitskraft geschöpft werden, treten immer häufiger Gewinne, die auf Monopolen beruhen. Energie, Wasser, Bildung, Gesundheit, Altern et cetera sind zu Quellen von Profit pervertiert worden. Eine ganze Gesellschaft steht einer parasitären Oligarchie gegenüber. Nur wenn sich diese Gesellschaft – das »Unten« – gemeinsam wehrt und dafür einen politischen Ausdruck findet, der individuelle und soziale Emanzipation untrennbar und gleichberechtigt verfolgt, wird sich ein Weg zu einem menschenwürdigen Leben für alle freilegen lassen. Die Linke hätte dann noch einmal eine Funktion: aus dem Rechts-Links-Spiel auszusteigen, um diese neue politische Kraft zu entbinden.

MARTIN SCHIRDEWAN

Vorwärts in die Gegenwart

Die Zeit drängt. Nicht, dass ein Häuschen im Grünen mit dichter, vor fremden Blicken und Geräuschen schützender Hecke kein lohnenswertes Ziel wäre. Doch schafft man sich ein Refugium, endet die eigene Neugier häufig an der Gartenpforte.

Dieser Artikel versteht sich als neugierig und fragend. Fragend nach den drängenden Erfordernissen und Entwicklungen der Zeit. Wobei die Frage als Schritt zur Kritik verstanden und der Kritik die Funktion des Denkanstoßes zugewiesen wird. Kritik wird hier verstanden als kultureller Prozess auf dem Weg zu einem humanen Verständnis von Gesellschaft. Am Ende einer solchen Überlegung könnte eine freie, friedliche, kulturvolle, gerechte, also eine sozialistische Gesellschaft stehen.

Wer fragt, kann an und mit den Antworten scheitern. Selbst wer Antworten findet, kann irren. Häufig sogar. Deshalb erhebt der Fragende und Antwortende hier nicht den Anspruch, wahres und wirkliches Bewusstsein zu schaffen. Das wäre anmaßend. Die folgenden Überlegungen sind lediglich: Überlegungen. Wenn sie einen Diskurs initiierten, indem verschiedene Antworten auf die gleichen Fragen gegeben würden, hätten sie ihr Ziel erreicht. Denn dann würden die Antwortgebenden einen offenen Raum betreten, innerhalb dessen sie aus der Kritik heraus eine gemeinsame Erkenntnis gewinnen könnten. Und aus dieser Erkenntnis könnte Veränderung resultieren, wenn neu gewonnenes Bewusstsein in Handeln umgesetzt würde.

Die Konjunktive verdeutlichen eines: Es gibt keine Gewissheit, das Richtige zu tun. Passivität jedoch erscheint als das einzig wirklich Falsche.

Parallelgesellschaft Parlamentarismus

Das funktionsfähige und vitale System des Parlamentarismus wirft permanent Fragen nach seiner Effizienz auf. Warum entscheiden die demokratisch legitimierten Volksvertreter gegen die Mehrheitsmeinung des von ihnen repräsentierten Volkes? Wie kürzlich wieder geschehen bei den Beschlüssen des Bundestages zur Ausweitung der Lebensarbeitszeit (Rente mit 67) und zum Einsatz der Tornado-Flugzeuge in Afghanistan. Irrig, fast schon irrsinnig erscheint die Entscheidung für die Rente mit 67 angesichts der hohen Altersarbeitslosigkeit und der hohen Arbeitslosigkeit allgemein. Und nein, natürlich ist der Einsatz der Tornados kein Kampfeinsatz, denn bei der Bundeswehr handelt es sich lediglich um eine friedensschaffende Armee, die den Aufbau ziviler Strukturen im umkämpften Sü-

Martin Schirdewan –
Jg. 1975, Diplom-Politik-
wissenschaftler, seit 2001
Redakteur bei UTOPIE
kreativ; zuletzt: Zwischen
Macht und Anarchie, Heft
150 (April 2003)

den Afghanistans vorantreibt. Im Interesse der afghanischen und, wie man seit Peter Struck weiß, auch der deutschen Bevölkerung.

Die Kette solcher Beispiele ließe sich über etliche Seiten fortsetzen. Nur lohnt es nicht. Denn die aufgeworfenen Fragen sind einfach zu beantworten. Der Dialektik verbunden, hier aus verschiedenen Perspektiven. Der Großkoalitionär behauptet sicherlich, er handele in übergeordnetem Interesse, das sich der Kenntnis des Individuums entziehe. Dieses werde jedoch zukünftig davon profitieren und dann anerkennen, dass die paternalistisch-benevolente Entscheidung die richtige gewesen sei. Und entmündigt damit den Bürger, der sich in seinem unmittelbaren Interesse nicht vertreten sieht. Die Opposition kritisiert die Entscheidung und argumentiert bestenfalls mit den Interessen des Bürgers. Jedoch kann sie diese gegen die Koalition nicht durchsetzen.

Soweit zur Funktionsfähigkeit des politischen Systems. Es wirkt. Schmerzhaft, ineffizient, undurchsichtig und unverständlich. Aber es wirkt. Die Konjunktur zieht nach offizieller Lesart an, die Arbeitslosenquoten sinken, das Paradies liegt bereits in Griffweite. Nur diejenigen Millionen, die von der robusten konjunkturellen Entwicklung nicht profitieren können, die aus der Arbeitslosigkeit in eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme überantwortet werden, die täglich ihre Deklassierung durch Ein-Euro-Jobs erleiden müssen, haben keine Berechtigung zur Teilhabe am Paradies.

Es ist kein Geheimnis, dass sich auch die Linke am Parlamentarismus beteiligt. Sie tut es völlig zu Recht. Sie ringt um gesellschaftliche Mehr- und Minderheiten und bietet manchmal sogar politische Alternativen an. Und krankt als chronische gesellschaftliche Opposition – sieht man von den aktuellen und gewesenen Beteiligungen an Landesregierungen ab – an den gleichen Symptomen der Ineffizienz, wie ihre politischen Gegner.

In der Konsequenz bedeutet das: Auch die Linke kann mit Hilfe ihrer parlamentarischen Tätigkeit die sozial Deklassierten nicht integrieren.

Das Paradoxon sticht ins Auge. Trotz des Funktionierens des parlamentarischen Systems sind die darin organisierten Parteien kaum mehr zu einer realen Interessenvertretung großer Teile der von ihnen repräsentierten Bürgerschaft in der Lage. Der Teil der Gesellschaft, dem nicht das statistische Paradies winkt – und dieser nimmt nicht ab, sondern zu –, bleibt zurück und bildet eine Parallelgesellschaft heraus, deren Funktionalismen, normative und sprachliche Codierungen von der politischen Klasse nicht mehr erfasst und reflektiert werden. Somit wird der Parlamentarismus selbst zu einer Parallelgesellschaft, deren Wirken in weiten Teilen an den Bedürfnissen der von sozialer, kultureller und ökonomischer Teilhabe ausgeschlossenen Menschen vorbeigeht.

Vorsicht! Die vorhergehenden Bemerkungen sind Pauschalierungen, zugleich Zuspitzungen, Antwortversuche. Keine endgültigen Wahrheiten. Können erwähnte Ineffizienzen aufgehoben werden? Ganz leicht sogar, möchte man meinen, indem sich die inhaltliche Ausrichtung der Politik verändert. Und an diesem Punkt darf jeder wieder sein eigenes Süppchen kochen.

Rückzug des Staates und der Gesellschaft

Wenig schmackhaft jedoch erwiesen sich die politischen Zutatzen der jüngeren Vergangenheit. Arbeitsmarkt- und Sozialreform, Gesundheitsreform, Steuerreform, Haushaltskonsolidierung etc. taten das ihrige, das Image des fürsorgenden Staates in ein Image des liberalisierten Staates zu wandeln. Der Staat und sein Apparat als Nutznießer der Gesellschaft ziehen sich aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zurück. Auf der einen Seite steigen die Lasten für die Bürger, andererseits werden trotz dieser Mehreinnahmen an Steuergeldern die Mittel für gemeinnützige, soziale, kulturelle, politische Einrichtungen gekürzt. Der Rückzug des Staates aus seiner regionalen Verantwortung wird erklärt mit den alternativlosen Sachzwängen der Globalisierung. Die Argumentation ist entlarvend: Wer Politiken, die unter internationalem ökonomischen Diktat entstehen, als alternativlos bezeichnet, erklärt sich selbst für überflüssig. Die Gesellschaft braucht keine Politiker, die Sachverwalter ökonomischer Interessen sind. Die Gesellschaft benötigt Politiker, die kreativ und innovativ den Herausforderungen einer sich permanent im Wandel und der Entwicklung befindlichen Gesellschaft begegnen und nach Lösungen suchen. Antworten auf Fragen geben, aus ihrer jeweiligen parteipolitischen Perspektive und damit ein Spektrum an Problemlösungsmöglichkeiten aufzeigen. Um die bessere Lösung kann dann in der Öffentlichkeit, mit Hilfe der Medien, gestritten werden. Soweit zur Theorie. Die Praxis ist die des Rückzuges. Wobei der Rückzug des Staates aus seiner gesellschaftlichen Verantwortung einen weiteren Rückzug bedingt, nämlich den der Gesellschaft von sich selbst. Die Gesellschaft, die sich bekanntlich aus ihren einzelnen Mitgliedern, Individuen, Vereinen, Initiativen etc. zusammensetzt, leidet unter der Preisgabe des öffentlichen Interesses durch den Staat. Dort, wo der Rückzug mit Kürzungen einhergeht, kann die Gesellschaft selbst nicht mehr funktionieren und zieht sich somit zwangsläufig von sich selbst zurück. Die Zurückweisung der eigenen sozialen Verantwortung durch den Staat bedingt also einen doppelten Rückzug. Mit fatalen Folgen. Dort, wo sich niemand mehr engagieren kann, tritt ein Zustand der Brache ein. Diese Brachlandschaften umfassen die verschiedensten sozialen Bereiche. Davon betroffen sind z. B. politische Initiativen, Jugend- und Kinderhäuser, -clubs, kulturelle Einrichtungen, Sportvereine. Die Reihe ließe sich fortsetzen und jedem viele etwas ein.

Die Brachlandschaften wieder zum Blühen bringen, erinnert sei an den Doktor aus Oggersheim, muss Aufgabe politischer Bewegungen und Parteien sein. Die Parteien kranken an ihrem Paralleluniversum, dem Vorbei-Agieren an breiten Schichten der Bevölkerung. Soziale Bewegungen haben es da leichter, in den öffentlichen Raum, sei er noch gesellschaftlich organisiert oder schon Brachlandschaft, hineinzukommen. Eine solche Bewegung kann gleichzeitig parteiförmig organisiert sein. Wesentlich ist ihr jedoch, dass sie eine Ansprache an die Bevölkerung außerhalb des Parlaments finden kann, indem sie ein Thema aufgreift, das keinen Platz in der Parallelgesellschaft Parlament einnehmen kann oder aber sozusagen auf der Straße liegt.

In den Branchen selbst entwickelt sich neues, anderes soziales Leben. Ein soziales Leben in der permanenten Improvisation. Das mag

»Konformismus hat es stets gegeben: Heute handelt es sich um eine Auseinandersetzung zwischen ›zwei Konformismen‹, das heißt um einen Kampf um die Hegemonie, um eine Krise der bürgerlichen Gesellschaft. Die alten geistig-moralischen Führer der Gesellschaft spüren, wie ihnen der Boden unter den Füßen schwindet, sie merken, dass ihre ›Predigten‹ halt zu bloßen ›Predigten‹ geworden sind, das heißt zu wirklichkeitsfremden Dingen, reiner Form ohne Inhalt, Hülle ohne Geist; daher ihre Verzweiflung und ihre reaktionären und konservativen Tendenzen: Da die besondere Form von Zivilisation, Kultur, Moral, die sie repräsentiert haben, zerfällt, erklären sie lauthals den Tod jeglicher Zivilisation, Kultur, Moral und verlangen vom Staat repressive Maßnahmen oder schließen sich zu vom realen Geschichtsprozess abgeordneten Abwehrgruppen zusammen und verlängern so die Krise, denn der Untergang einer Lebens- und Denkweise kann sich niemals ohne Krise vollziehen.« Antonio Gramsci: Der Mensch als Individuum und der Massenmensch, in: Ders.: Gedanken zur Kultur, Reclam, Leipzig 1987, S. 39.

auf den ersten Blick romantisch erscheinen, hat jedoch mit der Blauen Blume rein gar nichts zu tun, sondern ist eher von Deprivation und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet. In dieser Situation Hilfestellung zu geben, darin liegt dann die Stärke einer politischen Bewegung bzw. Organisation, die bewusst in die Brache hinein agiert, in bewusster Abkehr von der reinen parlamentarischen Lehre. Die Stärke einer solchen Bewegung besteht darin, sich die oben beschriebene Parallelität zu Nutze zu machen und sich mehr oder weniger stark auf beiden Standbeinen bewegen zu können.

Wer kann ein Träger von Veränderung sein in Zeiten des Postfordismus? Der ökonomischen Abwicklung breiter Landstriche in Ostdeutschland mit Entvölkerungs- und Niedergangsszenarien? Der Deindustrialisierung des Ruhrgebietes? Wer bietet seine Hilfe an? Gegenwärtig gibt es in Deutschland nur eine politische Bewegung, die diesen Weg bewusst geht: Die extreme Rechte, formiert um die NPD.

Konzeptionelle Orientierung der Linken im öffentlichen Raum

Die parteiförmig organisierte Linke in den neuen Ländern verstand sich traditionell als Anwalt der kleinen Leute. Aber eben nicht nur, sondern gleichzeitig wies ihr Selbstverständnis in Richtung einer Volkspartei, die auf Augenhöhe, gemessen an Wählerstimmen und Prozenten, mit den anderen beiden Volksparteien SPD und CDU agiert. Dem Volksparteienkonzept liegt die Vertretung mannigfaltiger Interessen verschiedenster, wenn möglich aller Milieus, zugrunde. Eine Volkspartei muss, um Volkspartei sein zu können, in der Lage sein, einen permanenten inhaltlichen Spagat zu vollführen.

Der Linkspartei, vormals PDS, jetzt auf dem Weg zur gesamtdeutschen Linken, gelang dies für einige Jahre mehr recht als schlecht. Doch in den zurückliegenden Jahren machen sich mehrere Trends bemerkbar, die zu einem strukturellen Problem der Linken, gerade in den neuen Ländern, geführt haben.

Zum einen sieht auch sie sich mit dem Rückzug des Staates und der Gesellschaft konfrontiert und hat ebenso wenig wie ihre politischen Kontrahenten adäquate, in diesem Falle integrierende Antworten geben können. Die sich ausbreitende Abwesenheit von Arbeit, Sozialem und Kultur in breiten Regionen wie z. B. Vorpommern oder der Prignitz und anderen führt häufig zu einem Rückgang des politischen Interesses der Betroffenen. Sie sind für die etablierten Parteien, die jede für sich und in ihren durchaus unterschiedlichen Rollen alle die bestehende Parallelwelt Parlamentarismus repräsentieren, nicht mehr ansprechbar. Die Lebenswelt der Menschen unterliegt einem so rapiden Wandel, den die Parteien als Organisationen – auch in ihrer Sprache – nicht vergegenwärtigen können. Zum anderen leidet die Linkspartei am bekannten Überalterungsphänomen, d.h. ihre Mitgliedschaft kann aufgrund biologischer Prozesse nicht die Präsenz in der Fläche, in den Vereinen, Initiativen etc. zeigen, die sie in den zurückliegenden Jahren gezeigt hat. Die Linke verliert an organisatorischer Schlagkraft.

Als These ließe sich formulieren, dass der Rückzug des Staates neben dem zusätzlichen Rückzug der Gesellschaft von sich selbst auch eine Schwächung der Parteien, der wesentlichen politischen Träger des Staates, und damit des Staates selbst bedeutet.

Die gesellschaftliche Brache nicht anwachsen zu lassen oder gar sie anderen politischen Bewegungen wie den Rechtsextremen zu überlassen, wird eine der originären zukünftigen Aufgaben der Linken sein.

Doch wie? Ist die Linke in der Lage, neben dem klassischen – und existenziellen – parlamentarischen Konzept ein gesellschaftliches Politikmodell zu entwickeln, das die Menschen dort trifft, wo diese sich befinden? Kann die Linke sich aus dem bequemen Parlamentsessel erheben und auf die Straße, ins Einkaufszentrum, in die Hartz-IV-Beratungsstelle, ins Arbeitsamt, auf den Sportplatz, in die Jugendclubs, auf die Bürgerfeste, in die Freiwillige Feuerwehr gehen? Sie tut es. Doch momentan tun andere es – zumindest scheinbar – erfolgreicher. Warum? Wird die Linke nicht gehört, weil sie nichts zu sagen hat? Gilt sie als zu etabliert? Mehrere Gründe fallen sofort ins Auge. Ihre Jugendlosigkeit, die gesellschaftliche Entwicklung, all das, was schon benannt wurde. Die Altersstruktur lässt sich nur durch junge Mitglieder verändern. Wie wird man attraktiv für Jüngere? Indem man ihre Sprache spricht, sie versteht, ihre Interessen teilt. Doch wer hat das begriffen und setzt es vor allem auch in die Tat um? Die Antwort erübrigt sich. Die gesellschaftliche Entwicklung hat sich nicht ohne die Linke vollzogen, ob in der Regierung oder der Opposition, ist es ihr aber bisher nicht gelungen, den Entwicklungen eine andere Richtung zu schenken.

Damit stellt sich die konzeptionelle Frage.

Strategische Entscheidungen

Zunächst: Wer ist Adressat einer linken Politik? Die Antwort fällt leicht: Alle. Die Linke kann sich nicht gegen die Gesellschaft abschotten, sie muss die Gesellschaft widerspiegeln, die Interessen der Menschen aufgreifen und vertreten. In den verschiedensten Arenen und Parallelwelten. In einem urbanen Raum sieht man sich somit mit ganz anderen inhaltlichen Herausforderungen konfrontiert als im ländlichen Raum. Die konkrete Ausgestaltung linker Politik kann nur vor Ort erfolgen, ein Patentrezept gibt es nicht. Jedoch muss sie in einen reflexiven, kritischen Prozess eintreten und ihre Politik und vor allem die Ziele ihrer Politik ständig hinterfragen und überprüfen. Ziele zu hinterfragen bedeutet, sich in seinen Konzepten und Strategien zu hinterfragen. Keine Mantren, Dogmen, ideologischen Verkürzungen, Beharrungen auf unabänderlicher Alternativlosigkeit zu der eigenen – zumeist parlamentarisch geprägten – Politik.

Die Gefahr der Beharrung auf einer einmal bezogenen Position lässt das Dogma wachsen, zum Schutze des Dogmas errichtet man sich ein eigenes ideologisches Gebäude. Der Vorteil besteht darin, dass man sich innerhalb dieses Gedankengebäudes alles erklären kann. Es funktioniert, und die anderen haben immer Unrecht. Doch: Selbst wenn es stimmen sollte, dass die Positionen der anderen, wie aus der in sich geschlossenen Erklärungswelt heraus vermutet, unzutreffend sind, müssen die eigenen nicht zutreffend sein.

Für die eigenen Positionen und Angebote bedeutet dies, aus einer Unsicherheit heraus zu argumentieren und überzeugen zu wollen. Den öffentlichen Raum mit Angeboten zu betreten, deren Funktionalität noch nicht bewiesen ist. Und noch nicht bewiesen werden konnte, denn es handelt sich zugleich um einen gegenwärtigen und

»Daß eine große Umschichtung im Politischen in der Luft liegt, ahnen viele; daß ein Hegemoniekonzept erarbeitet werden muß, das nicht auf eine ›auserwählte Klasse‹ zielt, sondern jenen Menschen ein Angebot zum Handeln macht, die nicht länger gewillt sind, sich unter den Schlägen eines dogmatischen Liberalismus zu ducken, ahnen ebenfalls viele; daß dafür ein Denken ›ohne Geländer‹ (Hannah Arendt) vonnöten sein wird, ahnen die meisten – fürchten sich aber möglicherweise davor.«
Jörn Schütrumpf: Denken ohne Geländer. Die Linke an der Schwelle zur Mündigkeit?, in: UTOPIE kreativ, Heft 179 (September 2005).

einen antizipativen Prozess. Gegenwärtig, da das Angebot aus der wahrgenommenen Realität heraus und in diese hinein kommuniziert werden muss, antizipativ, da das Angebot über diese Realität hinausweisen und eine andere – bessere, ästhetischere, ökologischere, solidarischere, freiere, friedlichere, sozialistischere etc. – Realität aufzeigen muss.

Ein lebendiges Konzept des Versuches, des Mutes zu Trial and Error unter Beteiligung der Adressaten, der Menschen, Bürger, der Gesellschaft. Ein Konzept also, das aus den vermeintlich funktionierenden Fehlfunktionalismen ausbricht und darüber hinausweist. Ein Konzept, das Parlament und Gesellschaft, ganz wichtig, auch deklassierte Gesellschaft, miteinander versöhnt.

Um die abstrakten Gedanken zu konkretisieren: Auf Deutschland bezogen haben wir eine sozio-ökonomische Entwicklung, die vieler Angebote bedarf. Gerade in den neuen Bundesländern, in denen die Lohnstruktur, die Rentenstruktur sich gravierend unterscheidet von den Niveaus der alten Länder, womit nicht nur die Binnennachfrage merklich gebremst wird, sondern die gesellschaftliche Teilhabe um ein Vielfaches erschwert wird. In den neuen Ländern sind lediglich sieben Prozent der betrieblichen Forschung beheimatet, womit ein selbst tragender Aufschwung sich nicht abzeichnen kann, da Innovation im verlängerten Werkbankprozess keine Rolle spielt. Politische, gesellschaftliche und sozio-ökonomische Brache also. An die beschriebenen Szenarien gekoppelt. Mit der entsprechenden Anfälligkeit für diejenigen mit den zu einfachen Lösungen.

Die Linke läuft in den Auseinandersetzungen mit den gesellschaftlichen Entwicklungen und der politischen Bewegung des Rechtsextremismus (gerade in den neuen Ländern) oft Gefahr, sich in abstrakten Programmdebatten zu verlieren. Na klar, man muss argumentativ aufgestellt sein. In der Diskussion mit den von sozialer Exklusion Betroffenen nützt das schönste Programmzitat jedoch: rein gar nichts. Die Frage, die diese stellen, lautet schlicht und einfach: Was kannst Du heute für mich tun?

Die zentrale Frage für Politik im Allgemeinen und linke Politik im Besonderen ist demnach keine originär politische. Sie kommt daher als lebensalltäglich. Sie trägt viele Bestandteile in sich. Sozio-ökonomische, kulturelle, politische. Sie ist, da sich Gesellschaft bekanntlich aus jedem Einzelnen konstituiert, eine gesellschaftliche Fragestellung. Und die Antwort darauf kann nur gesellschaftlich verstanden und gegeben werden. Von Angesicht zu Angesicht. Politik wird dann mit den sie flankierenden vielfältigen Angeboten zu einem Ringen um die gesellschaftliche Hegemonie, die sich in der Meinungsführerschaft ausdrückt.

»Der Einstieg in einen Kampf um politisch-kulturelle Hegemonie ist in der Vergangenheit immer dann gelungen, wenn ein gesellschaftliches Tabu gebrochen wurde – am Ausgang des 18. Jahrhunderts war das die angebliche Gottgewolltheit feudaler Ausbeutung und Herrschaft, im 19. Jahrhundert ging es um die viehische Ausbeutung von Frauen und Kindern, in den sechziger Jahren war es in der Bundesrepublik der verdrängte Nationalsozialismus. Heute heißt das Tabu Angst. Die Frage ist nicht, ob dieses Tabu gebrochen werden wird, sondern wer es brechen wird.«

Wie? Indem man die Angst benennt. Und ihr Linderung verschafft. Der Weg: Die Lebenssituation der Menschen verbessern. Ein möglicher erster Schritt: Bürgerschaftliches Engagement im Sinne einer solidarischen Kultur. Ein zweiter Schritt: Ein kulturelles Angebot im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe. Ein dritter Schritt: Den Menschen den Glauben an die eigene Kraft zur Veränderung schenken. Nur zu spät sollte man dabei nicht sein. Sonst bestraft das Leben die Partei.

Linke Öffentlichkeitsarbeit und Gegenkultur

Wesentliche Bedeutung – womit die Frage der politischen Taktik aufgeworfen ist – in der Auseinandersetzung um kulturelle Hege-
monie kommt der Öffentlichkeitsarbeit zu.

Ziel von Gegenöffentlichkeit: die kulturelle Mehrheit in der Gesellschaft zu erreichen, um mittel- und langfristig politische Interessen durchsetzen zu können. Denn über die kulturelle Mehrheit im Sinne der oben dargestellten Elemente von Kultur sind politische Mehrheiten in der Gesellschaft zu erringen.

Das erfordert ein direktes Zuwenden zur Gesellschaft, eine Her-
ausbewegung aus dem rein Parlamentarischen, hinein in die entstehenden Branchen.

Wie verhält es sich um den Zustand der Kultur in der Gesellschaft? Wie verhält sich die Linke zur Kultur? Staat und Gesellschaft ziehen sich aus ihrer kulturellen Pflicht zurück. Damit erwächst eine neue Aufgabe in der Zeit angesichts wachsender Kulturlosigkeit und damit einhergehender kultureller Verwahrlosung: Bewusstseinsbildung durch Kultur. Der kulturelle Prozess der Bewusstseinsbildung sollte dabei zwei Formen annehmen: Eine äußere Impulssetzung und eine innere Reflexion.

Die äußere Impulssetzung erfolgt durch Kommunikation über Medien. Schön wäre die Welt, die Massenmedien agierten in linkem Interesse. Aber das ist nicht der Fall. Das Interessante an den Massenmedien ist – neben der gewaltigen Machtkonzentration in den Händen Weniger – der allgemeine Prozess von Meinungsbildung, vom Agendasetting, also der Wahl der Themen; dass die hochideologisierte Meinungsmaschinerie in Permanenz Schlagworte wiederkaut, die im besten Orwellschen Neusprech ihres ursprünglichen Sinnes beraubt sind. Schlagworte wie Freiheit, Demokratie, selbst Frieden bedeutet nicht mehr das Schweigen der Waffen, Frieden schaffen kann heutzutage auch den Einsatz von Waffen bedeuten. Hinzu treten Scheinargumente, in Leerlaufformeln wie globaler Wettbewerb, Sachzwang, Alternativlosigkeit, Standortkonkurrenz. Und diese Meinungsmaschinerie nimmt für sich selbst absolute Objektivität in Anspruch. Auf der Basis jeglicher Ideologiefarne, versteht sich.

Daraus resultiert für die Linke die Frage, wie sie äußere Impulse setzen kann angesichts eines Mainstream-Journalismus, eines in dogmatisch-ideologischen Formeln agierenden Bildungsmusters öffentlicher Meinung? Wobei als These formuliert sei, dass der meinungsmediale Mainstream eine integrative Wirkung erzielt, diese jedoch bei sozial Deklassierten schwächer ausgeprägt ist. Das liegt daran, dass der Mainstream integrativ in der Normsetzung ist, die Normen jedoch häufig – man denke an die Hetzkampagnen gegen

Vgl. Jörn Schüttrumpf:
Denken ohne Geländer.
Die Linke an der Schwelle
zur Mündigkeit?, in:
UTOPIE kreativ, Heft 179
(September 2005).

Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger – zu Lasten ganzer gesellschaftlicher Milieus gehen. Und somit segregierend wirken. Die staatliche und gesellschaftliche Brache wird massenmedial reproduziert.

Eine gekonnte Ansprache erfasst die Medien und Codes, die einen tatsächlichen Bezug zum Leben der Menschen haben. Mit denen sie selbst kommunizieren. Träger von Botschaften können neben klassischen Medien wie Fernsehen, Radio, Zeitung auch Mode, Musik, Kulturveranstaltungen sein und sind es. Um die Menschen zu verstehen, muss Kenntnis über die Bedeutung der Dinge und Begriffe vorherrschen, die den gemeinsamen Lebensalltag prägen. Und sei das Milieu noch so unterschiedlich. Nur über die Gemeinsamkeit gelingt die Kommunikation. Wo also steht der Empfänger einer Botschaft? Welche Sprache spricht dieser? Wo also steht der Sender einer Botschaft? Welche Sprache spricht jener? Kann ein gegenseitiges Verständnis überhaupt zu Stande kommen? Fragen, die um die kulturelle Hegemonie zu erreichen, unabdingbar zu beantworten sind. Denn die eigentliche Bedeutung der Kultur liegt darin, dass sie, sobald sie in den öffentlichen Raum, die Gesellschaft und die gesellschaftliche Brache transportiert wird, in Politik übersetzt wird.

Davor schützt keine noch so dichte Hecke, kein noch so schönes Häuschen. Sobald Normen transportiert werden, werden sie angenommen, abgelehnt, ignoriert. In irgendeiner Form jedoch geht man zwangsläufig mit ihnen um. Und je näher der Normenvermittelnde am Rezipienten und dessen Lebenssituation dran ist, desto glaubhafter erscheinen die zu vermittelnden Normen. Und desto leichter werden diese adaptiert. Womit die zweite und wichtigere Form der Bewusstseinsbildung durch Kultur erreicht ist. Die Phase der inneren Reflexion. Je mehr Adressaten der eigenen Politik sich in diese Phase hineinbegeben, weil die ihnen unterbreiteten Angebote sie überzeugen, desto leichter fällt es dann der jeweiligen politischen Bewegung bzw. Partei, den Kampf um die kulturelle Hegemonie für sich zu entscheiden.

Dieser Prozess findet bereits statt. In den Branchen, aus denen sich aus den verschiedenen Gründen auch die Linke zurückgezogen hat, werden bereits neue Normen vermittelt. Wenn die Linke nicht bald reagiert und die entsozialisierten Räume mit ihren Angeboten rekultiviert, wird so manches Häuschen im Grünen eingerissen werden.

HELMUT BOCK

Was ist des Deutschen Vaterland? 175 Jahre Hambacher Fest?

Auf dem linken Ufer des Oberrheins, wo die Höhen der Haardt, auch Pfälzer Wald genannt, sich von Norden nach Süden zur französischen Grenze ziehen, liegt Neustadt mit seinen Weingärten am Fuß des Gebirgs. Dort sammelte sich in der sonntäglichen Frühe des 27. Mai 1832 eine riesige, ganz ungewohnte Menschenmasse. Nicht nur die Bewohner der rund 6000 Seelen zählenden Kleinstadt, weit mehr Zuwanderer aus den Dörfern und Städten der Pfalz, aus noch fernerer Gegenden waren gekommen: Männer und Frauen aus vielen Staaten des Deutschen Bundes, den Königreichen Bayern, Württemberg, Preußen, Hannover und Sachsen, den Großherzogtümern Baden und Hessen-Darmstadt, dem Herzogtum Nassau, dem Kurfürstentum Hessen-Kassel, dem Stadtstaate Frankfurt, sogar aus dem französischen Elsass belebten den Marktplatz, die umliegenden Gassen, die zur Stadt führenden Straßen und Feldwege. Was in den Annalen deutscher Geschichte bislang nie zu berichten war: Sie alle – 25 bis 30 Tausend! – drängten sich unter den streng verbotenen Farben Schwarzrotgold.

Die alteutsche Trikolore wehte an den Häusern, schmückte in Gestalt von Bändern und Kokarden die biedermeierlichen Frauenkleider, die Zylinderhüte der Bürger und Bauern, die Schirmmützen der Studenten, Handwerksgesellen und Tagelöhner. Es herrschten Frohsinn und Feststimmung, überall Händeschütteln, Schulterklopfen und Umarmungen. Musik, Gesang, auch Hochrufe ertönten, womit noch immer heranziehende Scharen und volksbekannte Gestalten begrüßt wurden: »Hoch Wirth!« – »Hoch Siebenpfeiffer!« – »Es lebe Börne, der Verfasser der ›Briefe aus Paris!‹« Hier und da allerdings schlichen Polizeispitzel in der Menge, die ausgeschildet waren, ihren Staatsbürokraten anstatt eines friedlichen Volksfestes eine Demonstration arglistiger Aufwiegler und Landfriedensbrecher zu denunzieren.

Auf dem Marktplatz vor der gotischen Stiftskirche ordnete sich die Masse zum längst gedachten Festzug. Kilometerlang bewegte er sich von Neustadt zur hoch ragenden Burg, die damals noch als Ruine über dem Dorf Hambach lag. Hinter einer Musikkapelle der Bürgergarde eröffneten viele Frauen den Zug – über den Häuptionern das Weißrot einer polnischen Nationalfahne: Die erstmals öffentliche Bekundung politischer Mündigkeit der Frau verband sich ersichtlich mit Solidarität für Polens Unabhängigkeitskampf gegen die russische Fremdherrschaft. Eine Abteilung von Festordnern, ein jeder mit trikolorener Schärpe, begleitete sodann den Träger eines

Helmut Bock – Jg. 1928;
Prof. em. Dr. phil. habil.;
Historiker. Mitglied der
Leibniz-Sozietät. Zuletzt
in UTOPIE kreativ: Was tun?
Russlands Februar-
revolution und Lenins
›April-Thesen«, Heft 198
(April 2007).

schwarzrotgoldnen Banners, auf dem in dunklen Lettern geschrieben stand: »Deutschlands Wiedergeburt«. Dahinter marschierten die gewählten Mitglieder der Regionalvertretung, des pfälzischen Landrats, und endlich die zahllos scheinenden Demonstranten, gegliedert nach ihrer Herkunft aus den verschiedenen deutschen Bundesstaaten. Und doch vereint in der Allgegenwart der schwarzrotgoldnen Farben!¹

Das berühmteste aller Lieder Ernst Moritz Arndts wurde gesungen. Zwei Jahrzehnte zuvor noch Schlachtgesang franzosenfeindlicher Gesinnung in den Kämpfen gegen den Kaiser Napoleon, diente es jetzt einem reiferen und besseren Patriotismus. Doch Frage und Antwort waren aktuell geblieben:

»Was ist des Deutschen Vaterland?
Ist's Preußenland? Ist's Schwabenland?
Ist's, wo am Rhein die Rebe blüht?
Ist's, wo am Belt die Möwe zieht?
O nein, nein, nein!
Mein Vaterland muss größer sein [...].«

Veteranen der Feldzüge von 1813 bis 1815 und eine junge, nachgewachsene Generation intonierten gemeinsam das Verlangen nach deutsch-nationaler Vereinigung.

Auch neugeschaffene Texte zeugten für diesen Sinn der Demonstration. Dreihundert Handwerksgesellen schmetterten den von Siebenpfeiffer gedichteten Festgesang nach der allbekannten Melodie von Friedrich Schillers Reiterlied:

»[...] Was tändelt der Badner mit Gelb und Rot
Mit Weiß, Blau, Rot Bayer und Hesse?
Die vielen Farben sind Deutschlands Not,
Vereinigte Kraft nur zeugt Größe:
Drum weg mit der Farben buntem Tand!
Nur *eine* Farb' und *ein* Vaterland [...].«

Bedenkt man, dass die negierten Landesfarben damals noch die Herrschaft vieler deutscher Fürsten und ihre staatliche Souveränität symbolisierten, so bedeutete das Lied nichts Geringeres als ein poetisch verklausuliertes Umsturzprogramm.

Jedoch »Deutschlands Wiedergeburt« – die merkwürdige Inschrift des Festbanners – sollte nicht nur die Aufgabe der Gegenwart und nahen Zukunft bezeichnen. Sie erinnerte an Vergangenes, das irgendwann abgebrochen und neu zu errichten war.

Historische Erinnerung

Seit dem Anfang der Neuzeit arbeitet eine geschichtliche Entwicklungstendenz an der Herausbildung eigenständiger Nationen und der Konstituierung von Nationalstaaten. Sie wirkte im Ringen der sich vereinenden Niederländer gegen die spanische Fremdherrschaft, und sie kräftigte geradezu die bürgerlichen Revolutionen der Engländer, US-Amerikaner und Franzosen. Zumal die »Grande Révolution« von 1789, die in Frankreich zum bürgerlichen Nationalstaat führte, rief auch bei anderen Völkern ein Bewusstsein von der Lebenskraft eigener, nationaler Wesenheit und der Notwendigkeit des gesellschaftlichen Fortschritts hervor. Dabei verknüpften sich mit den Menschen- und Bürgerrechten der »Freiheit« und »Gleichheit«, die

1 Originale und hauptsächliche Quelle: Das Nationalfest der Deutschen zu Hambach. Unter Mitwirkung eines Redaktions-Ausschusses beschrieben von J. G. A. Wirth, Erstes u. zweites Heft, Neustadt a. H. 1832. Nachdruck Meininger, Neustadt a. d. Weinstraße 1981. Weitere benutzte Literatur siehe am Schluss des Beitrags.

eine von Privilegien und Willkür entfesselte Existenz der Individuen und der Völker verlangten, immer öfter auch vaterländische Bedeutungen: der Anspruch auf »Freiheit« von fremdherrschaftlicher Bedrückung und auf »Einheit« statt Zwietracht und innerer Zerrissenheit.

Die Kraft der Revolution, die auch in Deutschland Grenzzäune nieder fegte und bürgerliche Modernisierungen erzwang, kam von außen – und sie trägt in der historischen Überlieferung fast nur einen Namen: Napoleon Bonaparte. Um Frankreichs Vorherrschaft auf dem Kontinent auszubauen, vollendete der Revolutionsgeneral die Annexion des linken Rheinufer, nutzte er als kaiserlicher Imperator die Kollaboration deutscher Fürsten, indem er dem Staatsgefüge des tausendjährigen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation den Todesstoß versetzte. Dabei konnte erfahren werden, dass er in seinen rechtsrheinischen Protektoratstaaten mit bürgerlichen Reformen fortsetzte, was die Revolution auf dem Westufer des Rheins schon begonnen hatte.

Jedoch der Untergang des alten Kaiserreiches und die gleichzeitige Errichtung der »Confédération du Rhin« (1806) unter Napoleons Schirmherrschaft war ein tief schneidender Bruch, der die Deutschen aus traditioneller Gewohnheit und Lethargie schreckte. Wohl ließ Goethe seinen Studenten in Auerbachs Keller den Hohnsang anstimmen:

»Das liebe Heilige Römische Reich,

Wie hält's nur noch zusammen?«

Und zeitlebens sah auch Hegel in Napoleon den »Geschäftsführer des Weltgeistes«, der liberale Bürgerrechte nach Deutschland brachte. Der Vernunftglaube der Aufklärung aber und der Enthusiasmus für die Große Revolution waren längst eingetrübt. Kriege, Plünderungen, Annexionen beschwerten Länder und Völker. Der Revolutionsgeneral mauserte sich zum tödlichen Degen eines Militärdespotismus, der Frankreichs junge Generation auf den Schlachtfeldern verbluten ließ – überdies die Nachbarvölker in eine halbkoloniale Abhängigkeit zwang.

»Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung«, so titelte ein konservativer Patriotismus die anklagende Flugschrift, für deren Druck und Verbreitung der Nürnberger Buchhändler Palm unter den Kugeln eines napoleonischen Exekutionskommandos fiel. Es gab ebenfalls liberale Gesinnungen der Bestürzung und des Protestes. »Jetzt war das Letzte geschehen, alles einzelne Deutsche, das Kleinste wie das Größte, das Ruhmvollste wie das Dunkelste, lag nun in einem großen gemeinsamen Jammer über- und untereinander hingeworfen, und der übermütige welsche Hahn krächte sein Viktoria! [...] Als Deutschland durch seine Zwietracht nicht mehr war, umfasste mein Herz seine Einheit und Einigkeit.« So schrieb Arndt als bürgerlicher Stimmführer des antinapoleonischen Widerstands. Wie schon in Spanien eine Nationalbewegung auf Napoleons Herausforderungen wehrhaft und unüberwindlich reagierte, so erzwangen auch deutsche Unabhängigkeitskämpfer den Krieg von 1813. Da beschwor jeder deutschtümelnde oder liberal-patriotische Ideenentwurf die Erinnerung an das verlorene Reich. Die Metapher »Deutschlands Wiedergeburt« meinte oft einen staatlichen Neubau zu Lasten der mit

Frankreich kollaborierenden Rheinbundfürsten, die als Vaterlandsverräter zu stürzen seien, so dass deren Territorien für eine neudeutsche Staatsordnung zur Verfügung stünden. Ganz konkret aber war das nicht. Der engagierte Buchhändler Perthes berichtet von Hoffnungen auf »ein unbekanntes Etwas«, das bald »deutsche Einheit oder deutsche Ehre«, bald »deutsche Freiheit oder deutsche Herrlichkeit«, zuweilen auch »deutsches Kaisertum« genannt wurde.

Indes wechselten die Rheinbundfürsten gerade noch rechtzeitig zur antinapoleonischen Koalition. Der Wiener Kongress (1815) versiegelte rein fürstlich-dynastische Interessen. Der aus der Taufe gehobene Deutsche Bund war weder Einheitsstaat noch Bundesstaat. Deutschland blieb eine Staatenföderation, die auf dem Prinzip der unantastbaren Souveränität von über dreißig Fürstenhäusern beruhte. Die vagen Wünsche nach nationaler Einheit und verfassungsmäßiger Bürgerfreiheit waren zurückgewiesen. Die vaterländischen Streiter gegen Napoleon hatten für den Erhalt von Dynastien gekämpft, deren Herrschaft nicht »von Volkes Willen«, sondern abermals »von Gottes Gnaden« war. Die Krönung dieser »Restauration« erfolgte im eroberten Paris: Der Zar von Russland, der Kaiser von Österreich und der König von Preußen gründeten die »Heilige Allianz«, die den »göttlichen Erlöser Jesus Christus« als allerhöchsten Souverän und die christgläubigen Völker des Kontinents als »unteilbare christliche Nation« auffasste. Die vertragschließenden Großfürsten dieser Staatengemeinschaft usurpierten das Recht, sich »bei jeder Gelegenheit und an jedem Ort Beistand, Hilfe und Unterstützung« gegen Störungen und Störer zu gewähren.

Oppositionelle Patrioten und zumal studentische Burschenschaftler, die die Farben Schwarzrotgold zur Symbolik ihres Widerstands erkoren, mussten die Schikanen der »Demagogenverfolgung« erdulden. Doch die altdeutsche Trikolore sowie die Losung »Einheit« und »Freiheit« überdauerten im Untergrund bis ins historische Jahr 1830: Da nämlich wurde der Ruf nach »Deutschlands Wiedergeburt« ermutigt durch die Pariser Julirevolution, die belgische Nationalrevolution und die polnische Nationalerhebung gegen die Fremdmacht des Zaren. Nun mangelten auch die Bedingungen und der Zufall nicht, dass die geschichtliche Tendenz der Nationalentwicklung als ein formuliertes Ziel in Deutschland offen und breit zu Tage trat.

Kampf um das rheinische Recht

Der Zeitpunkt war 1832 – der Ort die Rheinpfalz. Seit 1816 zu Bayern gehörig, deshalb auch »Rheinbayern« genannt, unterschied sich die linksrheinische Region rechtlich von den süddeutschen Kernlanden des Königreiches. Die liberalen Gesetze der Napoleonzeit, darunter das Recht freier Meinung und Versammlung, die Pressefreiheit und die Geschworenengerichte, waren als weiterhin gültig anerkannt. Fortschrittlich Gesinnte, zumal Journalisten und Rechtsanwälte, mochten hier eine Freistadt suchen, und sie fanden als liberale oder gar demokratische Protestführer einen Resonanzboden, der durch politische Missstimmungen und ein sanguinisches Volkstemperament gerade jetzt in heftige Schwingungen geriet. Gründe genug waren vorhanden, dass die Pfälzer gegen die Zentralregierung in München und deren ins Land gefallene Staatsbürokraten aufbegeh-

ten. Es würde zu weit führen, von den Negativwirkungen erhöhter Steuern und Zollgebühren, von Missernten und Teuerung des Getreides, also auch des Brotpreises, im Einzelnen zu berichten. Genügen mag ein Satz, den der Frankenthaler Johann Philipp Becker in seinen Erinnerungen notierte: »Die Pfalz hatte keine Sympathien für Bayern, mit dem sie weder Sitten und Gewohnheiten, noch Geschichte gemeinsam hatte; sie hatte mehr das Gefühl eines eroberten, unter Fremdherrschaft lebenden Landes.«

Als nun ein Neustädter Bürger auf den abwegigen Einfall kam, seine Landsleute zu Ehren des Königshauses der Wittelsbacher und ihrer Staatsverfassung zu einer Konstitutionsfeier auf den Hambacher Schlossberg zu laden, fand sich ein Widerstand, der die lammfromme Absicht ins Gegenteil kehrte. 34 Neustädter, fast ausnahmslos Kaufleute und Landwirte, riefen zu einer Maifeier auf, die keinesfalls der bayrisch-monarchischen Verfassung huldigen sollte. Sinn und Zweck dieses Treffens wurden von Johann Philipp Siebenpfeiffer, dem ehemaligen Burschenschafter, gemaßregelten Beamten und Herausgeber des »Boten aus dem Westen« nahezu aufreizend formuliert: Die deutschen »Männer jedes Standes« und die »Frauen, deren politische Missachtung in der europäischen Ordnung« ein Schandfleck sei, sollten zu »friedlicher Besprechung« und »entschlossener Verbrüderung« kommen. Nicht »dem Erringenden, sondern dem zu Erringenden« müsse diese Begegnung gelten – und das hieß wörtlich: »[...] dem Kampfe für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde«.

Bayerns amtierender Regierungspräsident des Rheinkreises, der Freiherr Adrian-Werburg, hielt Siebenpfeiffers Aufruf für staatsgefährdend. Er verbot kurzerhand das Volksfest, erklärte den militärischen Ausnahmezustand und provozierte durch diese Missachtung der pfälzischen Freiheits- und Versammlungsrechte die helle Empörung der Bevölkerung. Freiheitsbäume, die Symbole der Französischen Revolutionen von 1789 und 1830, wuchsen auf den Marktplätzen empor. Volksansammlungen trotzten dem bayrischen Militär. Bürgerabordnungen bestürmten die Behörden mit Protestresolutionen. Rechtsanwälte klagten gegen das Festverbot wegen ungesetzlicher Willkür. Einstimmig verlangte auch der pfälzische Landrat den Widerruf des Verbots.

Da begann die Regierung zu lavieren. Weil ihr politische Unruhen nahe der französischen Grenze unerwünscht waren, zog sie das Verbot für »bayrische Deutsche« zurück. Es war eine Staatsniederlage, die gleichwohl den Erfolg haben sollte, dass Angehörige anderer deutscher Staaten amtlich eingeladen blieben – das Volksfest folglich nur als ein »rheinbayrisches« Landestreffen genehmigt war. Aber das Ringen um die Zulassung des Maifestes hatte dieses weit über die kleinstaatlichen Grenzen hinaus bekannt gemacht. Der Neustädter Aufruf fand ein Echo, das seine Urheber in ihren kühnsten Träumen kaum erwartet hatten.

Sobald schon am Vorabend des entscheidenden Tages lange Wagenzüge und Scharen von Fusswanderern in Neustadt eintrafen, fraternisierten die Pfälzer in Gaststätten, Winzerstuben und Weingärten mit ihren von weither gekommenen Gästen als »deutsche Brüder«.

Unter Glockengeläut, Böllerschüssen und Freudenfeuern besiegelte die Massenstimmung ein unverrückbares Faktum für den folgenden Tag: Diese Begegnung werde nicht zur bayrisch-pfälzischen Landesfeier verkommen. Sie werde vielmehr als eine große deutsche Nationalkundgebung in die Geschichte eingehen.

Deutsche Republik und republikanisches Europa

Am 27. Mai wehte Schwarzrotgold auf der höchsten Zinne des Hambacher Gipfels, von dem die versammelte Menge weithin ins Rheintal blickte. Die deutsche Trikolore war bereits 1817 auf dem Wartburgtreffen der Burschenschafter ein Sinnbild erstrebter »Einheit« und »Freiheit« gewesen. Jetzt aber offenbarte sich der inzwischen geschehene Wandel der patriotischen Bewegung. Wartburg – ein Treffen der Fünfhundert; Hambach – eine Massenkundgebung Zehntausender. Wartburg – Versammlung der akademischen Jugend des Bürgertums; Hambach – gänzlich offene, ausgreifende Demonstration der Handels- und Bildungsbürger, Gutsbesitzer und Kleinbauern, Handwerksmeister und Gesellen, Lohnarbeiter und Armen, wobei sogar Frauen zugegen waren. Nur Industriebourgeoisie und Proletariat konnten auf dem Hambacher Berg noch nicht durch typische Repräsentanten vertreten sein.

Das Fest war aber nicht nur an Teilnehmerzahl und sozialer Vielfalt, sondern auch an geistigem Gehalt dem Wartburgtreffen überlegen. Zwar schien sich die Bergkuppe in eine germanische Thingstätte zu verwandeln. Die Teilnehmer, die doch aus den Staaten des Deutschen Bundes kamen, wurden nach alter Sitte als die Vertreter von »Stämmen« und »Gauen« begrüßt. In bombastischen Ansprachen wurden die fernsten Ursprünge »deutschen Wesens« beschworen, geisterte »Hermann« – Cheruskerfürst und Varusbesieger – als Befreier von fremdem Joch, und selbst der Römer Tacitus musste die großen Tugenden ruhmreicher Vorfäter bezeugen. Auch wurde eine historische Mission erinnert, die seit Fichtes »Reden an die deutsche Nation« wiederum die Patrioten beseelte: Nachdem sich Engländer und Franzosen an der Verwirklichung des Glücks der Menschheit durch liberalistische Bürgerordnung und unbeschränkten Industriefortschritt versucht, aber mit national-egoistischen Interessen begnügt hatten, sollten nunmehr die Deutschen auf besseren Wegen der »Freiheit«, »Gleichheit« und »Brüderlichkeit« zum Wohl der Völker Europas wirken. Hatten die Burschenschafter der Wartburg noch Hass gegen Frankreich gehegt und Napoleons »Code civil« ins Feuer geworfen, so verwob sich bei Hambach die deutsche Nationalidee mit den schönen Ideen der Völkerfreundschaft. Zu Recht konnte der sonst eher spöttische Heinrich Heine schreiben: »Dort, auf Hambach, jubelte die moderne Zeit ihre Sonnenaufgangslieder, und mit der ganzen Menschheit ward Bruderschaft getrunken.«²

Polens Befreiung von zaristischer Vorherrschaft und Solidarität mit Frankreichs Republikanern waren die kosmopolitischen Grundgedanken. Auf dem Burggemäuer wehte jetzt auch die weißrote Fahne, und eine Delegation polnischer Emigranten wurde stürmisch als die Vertretung eines tapferen Volkes gefeiert, das gegen den Zaren revoltiert und – zunächst noch mit tragischem Ausgang – für seine nationale Unabhängigkeit gefochten hatte. Aus Straßburg

2 Heinrich Heine: Ludwig Börne, in: Werke und Briefe, hrsg. v. H. Kaufmann, Bd. 6, Berlin-Weimar 1972, S. 171. Obwohl sich Heine mit Börne wegen revolutionärer und republikanischer Haltungen auseinandersetzt, gibt er dessen witzigen Be-

richt über das Hambacher Fest treffend wieder. Hier ein Auszug: »Wir Deutschen sind ein ganz prächtiges Volk und gar nicht mehr so unpraktisch wie sonst. Wir hatten in Hambach auch das lieblichste Maiwetter, wie Milch und Rosen, und ein schönes Mädchen war dort, die mir die Hand küssen wollte, als wär ich ein alter Kapuziner; ich habe das nicht gelitten, und Vater und Mutter befahlen ihr, mich auf den Mund zu küssen, und versicherten mir, dass sie mit dem größten Vergnügen meine sämtlichen Schriften gelesen. Ich habe mich sehr amüsiert. Auch meine Uhr ist mir gestohlen worden. Aber das freut mich ebenfalls, das ist gut, das gibt mir Hoffnung. Auch wir, und das ist gut, auch wir haben Spitzbuben unter uns und werden daher desto leichter reüssieren. Da ist der verwünschte Kerl von Montesquieu, welcher uns eingeredet hatte, die Tugend sei das Prinzip der Republikaner! Und ich ängstigte mich schon, dass unsere Partei aus lauter ehrlichen Leuten bestehen und deshalb nichts ausrichten würde. Es ist durchaus nötig, dass wir, ebenso gut wie unsre Feinde, auch Spitzbuben unter uns haben. Ich hätte gerne den Patrioten entdeckt, der mir zu Hambach meine Uhr gemaust; ich würde ihm, wenn wir zur Regierung kommen, sogleich die Polizei übertragen und die Diplomatie. Ich kriege ihn aber heraus, den Dieb. Ich werde nämlich im »Hamburger Korrespondenten« anoncierien, dass ich dem ehrlichen Finder meiner Uhr die Summe von hundert Louisdor auszahle. Die Uhr ist es wert, schon als Kuriosität: es ist nämlich die erste Uhr, welche die deutsche

überbrachte die Abordnung der »Gesellschaft der Volksfreunde« (»Société des amis du peuple«), die durch ihren Namen an den »Volksfreund« Marat und also an die Jakobiner von 1793 erinnerte, eine Grußadresse: Sie spornte die »deutschen Brüder« zum Kampf gegen den fürstlichen Absolutismus und für den Nationalstaat an, rief aber auch zur »Fraternité« mit den französischen Republikanern, die das Julikönigtum der herrschenden Finanzaristokraten an den Pranger der revolutionären Demokratie stellten. Der Delegations-sprecher Lucien Rey kündigte sogar einen bewaffneten Aufstand an.

Mit der Kritik am »Juste-milieu« in Frankreich war ein Stichwort gegeben, das auch deutschen Rednern dazu diente, ihre Distanz gegenüber der reichen Bourgeoisie auszudrücken. Für revolutionär gesinnte Hauptsprecher war »Juste-milieu« die Metapher, um die politische Polemik nicht nur gegen die Fürsten, sondern auch gegen den gemäßigten Liberalismus zu richten. Schon der Neustädter Arzt Dr. Hepp, der die Kundgebung im Namen des Festkomitees eröffnete, donnerte gegen die adligen »Zwingherren«; er rügte zugleich den »falschen Liberalismus«, der vor Kampf und Gefahr zittere und freihetliche Handlungen mit »kalt berechnendem Eigennutz auf die Goldwaage« lege.

Siebenpfeiffer titulierte die Fürsten mit zoologischen Namen und gemahnte an das verpflichtende Erbe der ringsum stattgefundenen Volksempörungen des Bauernkriegs von 1525. Er sparte aber auch nicht mit Ironie, indem er das egoistische Gewinnstreben des Unternehmertums angesichts universaler Wandlungen des aufkommenden Industriezeitalters kritisierte. »Der sinnende Geist errichtet Eisenbahnen und baut Dampfschiffe, das enge Comptoir zum Weltmarkt erweiternd, Land mit Land und Volk mit Volk zu gegenseitigem Wucher verknüpfend: aber der Bürger bleibt fremd dem Bürger, und engherzig verkrüppelt er am Rechentisch, im spießbürgerlichen Puppenspiel, oder am kühnen Wagestück eines – Schleichhandels.« Er verspottete die kleinstaatlich-deutschen Landesverfassungen, die lächerlichen »Konstitutionöchen«, und schloss seine Rede mit Losungen, die gegen die »Heilige Allianz« und den Deutschen Bund ein revolutionär-demokratisches Programm formulierten: »Es lebe das freie, das einige Deutschland! Hoch leben die Polen, der Deutschen Verbündete! Hoch leben die Franken, der Deutschen Brüder, die unsere Nationalität und Selbständigkeit achten! Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den Bund der Freiheit schwört! Vaterland – Volkshoheit – Völkerbund hoch!«

Bedeutsamster Festredner war Johann Georg Wirth, ehemals Hegelschüler, Burschenschaftler und Bayreuther Rechtsanwalt, jetzt rheinbayrischer Herausgeber der nationalpolitischen Zeitung »Deutsche Tribüne«. Er lenkte den politischen Blick über Polen und Frankreich hinaus, nannte auch die Völker Spaniens und Portugals, Italiens und Ungarns als potenzielle Verbündete im Kampf gegen die Koalition der Fürsten. Weil er für »Freiheit des Welthandels« eintrat, kritisierte er aber auch die Handels- und Marktherrschaft Englands, des Mutterlands der Industriellen Revolution, als ein »unnatürliches Übergewicht«: Der Handel, dieser »große Menschenfreund«, müsse ohne Monopolisierung gedeihen, damit »er seine unendlichen Gaben und unerschöpflichen Schätze über die Völker ausschütte und zu-

gleich alle Nationen zu ewig neuen Fortschritten in der Zivilisation ansporne«.

Den als notwendig bezeichneten Wandel des Deutschen Bundes, der im Grunde doch Revolution bedeutete, tarnte Wirth mit dem gemäßigt liberalen Wort »Reform«. Eben diese nannte er aber auch die Zentralfrage des ganzen Kontinents: »Es ist einleuchtend, dass [...] die Reform Deutschlands, als die Basis der Reorganisation Europas, eine große gemeinschaftliche Angelegenheit aller Völker unseres Erdteils sei. Von ihr hängt die Wohlfahrt der großen Mehrheit aller Nationen Europas, von ihr die Ruhe und das Glück des ganzen Weltteils selbst ab.« So verband er die Losung der »Einheit« und »Freiheit« Deutschlands mit der Schaffung einer gerechten und friedlichen Ordnung des gesamten Kontinents. Nach seiner Vorstellung sollte ein solcher Wandel allen Völkern Zivilisation und Wohlstand bringen.

Sehr kritisch urteilte Wirth über die benachbarte Julimonarchie – womit er sich auch gegen Pfälzer wandte, die insgeheim eine linksrheinische Völkerhebung erwogen und dafür die Hilfe Frankreichs erwarteten. Im demagogisch geschönten »Bürgerkönigtum«, bleibe die »gegenwärtig herrschende Partei, gestützt auf die ganze Masse der Reichen und Wohlhabenden«, unfähig, den Fortschritt in Deutschland zu fördern. Es sei denn um den Preis einer erneuten Annexion des linken Rheinuferes! Nur die Republikaner, insbesondere die »Gesellschaft der Volksfreunde«, verträten wahrhaft patriotische und daher auch weltbürgerliche Grundsätze. Doch diese Demokraten könnten ohne eine französische Staatsumwälzung, wozu »noch lange keine Aussicht« bestünde, nicht zur Macht gelangen, und selbst dann sei es schwer genug für sie, sich als ein »kleines Häuflein hellsehender Kosmopoliten« gegen den landhungrigen Nationalismus durchzusetzen. Wirth zog aus alledem einen Schluss, der auch deutschen Nationalisten eine Handhabe bot: Die Erneuerung Deutschlands werde eine Wiedervereinigung mit den ehemals deutschen, von Frankreich annektierten Gebieten Elsass und Lothringen »wahrscheinlicher Weise zur Folge haben« – aber im Fall einer französischen Gegenoffensive müssten die deutschen Patrioten ihre »Opposition gegen die inneren Verräter (die Fürsten) suspendieren und das Gesamtvolk gegen den äußeren Feind zu den Waffen rufen.«

Aus Wirth sprach die Tradition von 1813. Indem er solch höchst problematische Erwägungen in die Jungfernrede der nationalen Einheit und der Völkerfreundschaft aufnahm, gefährdete er den politischen Konsens der Versammlung.³ Er provozierte den Widerspruch sowohl von Pfälzern als auch des Sprechers der französischen Republikaner, die ihre blauweißroten Kokarden aus der Tasche zogen, an ihre Jacken und Hüte steckten. Immerhin verhalf er dem deutschen Patriotismus zu einer richtigen Erkenntnis: »Der Kampf um unser Vaterland und unsere Freiheit muss ohne fremde Einmischung durch unsere eigene Kraft von innen heraus geführt werden.« Dass Wirth im Grunde selbst revolutionär dachte, bewies seine Aufforderung, möglichst noch während des Festes geeignete Männer zu wählen, die »durch Geist, Feuereifer und Charakter berufen« seien, »das große Werk der deutschen Reform zu beginnen und zu leiten«. Die ungemein anspannende Rede versöhnte am Ende die aufge-

Freiheit gestohlen hat. Ja, auch wir, Germaniens Söhne, wir erwachen aus unserer schläfrigen Ehrlichkeit ... Tyrannen zittert, wir stehlen auch!« S. 166 f.

3 Der Redaktions-Ausschuss des Festberichts genehmigte den vollen Abdruck der Rede Wirths, verfasste aber eine Anmerkung, die dessen Kritik an der Julimonarchie damit erklärte, dass »nicht ein einziges französisches Journal die anmaßende, Freiheit und Nationalität missachtende Forderung der Rheingrenze zu bekämpfen« wagte. Das Nationalfest der Deutschen, S. 48.

brachten Gemüter durch eine solidarische Perspektive: »Hoch! dreimal hoch leben die vereinigten Freistaaten Deutschlands! Hoch! dreimal hoch das konföderierte republikanische Europa!« Mit dem Ruf nach deutscher Föderativrepublik und republikanischem Völkerbund formulierte auch Wirth das nationale und internationale Ziel der bürgerlich-demokratischen Bewegung.

Das Problem der »Reform«, von der Wirth gesprochen hatte, rief logischerweise die Frage nach Mitteln und Wegen hervor, womit die bestehenden Staatsverhältnisse zu ändern seien, und es fanden sich Redner, die diese Debatte zum Gewaltproblem zuspitzten. Im Rund der Versammelten wirkten lautstark die Burschenschafter – etwa dreihundert aus dem nahen Heidelberg, weitere von den Universitäten Bonn, Gießen, Freiburg, Jena, Tübingen und Würzburg. Karl-Heinrich Brüggemann, Heidelberger »Germane« und später – in Nachfolge des jungen Marx – Redakteur der »Rheinischen Zeitung«, verfocht das von den radikalen Burschen insgeheim schon beschlossene Prinzip: Gewaltsamer Unterdrückung müsse mit bewaffnetem Widerstand begegnet werden! Zwar glänzte die bildungsbeffissene Ansprache des jungen Mannes mit rhetorischen Versatzstücken der Deuschttümelei; aber gerade er war es, der sich frei heraus auf das Vorbild der Revolutionen Englands, Amerikas und Frankreichs berief.

Das Widerstandsrecht gegen Regierungsgewalt wurde sogar noch entschiedener eingefordert. Der Bürstenmacher Becker aus Frankenthal, zukünftig Revolutionsgeneral von 1849 und Mitbegründer der ersten Internationalen Arbeiterassoziation, hat sein politisches Rededebüt bei Hambach zutreffend und selbstironisch geschildert: »Als aber dort nachmittags 4 Uhr die Revolution immer noch nicht verkündet war und oben ein Redner lang und breit über die Zweckmäßigkeit der Petitionen und Protestationen sprach, riss mir der Geduldsfaden und ich schwang mich auf ein hohes umgestülptes Weinfass neben der Rednertribüne, den Juste-milieu-Apostel geradezu niederschreiend. Unter rauschendem Applaus betonte ich vor allem die Notwendigkeit allgemeiner Volksbewaffnung, unter anderem sagend: ›Hinter den Verordnungen der Regierungen stehen Kanonen und Bajonette, darum werden sie befolgt; hinter unseren Petitionen und Protestationen steht nichts, und darum bleiben sie auch in den Augen der Regierungen nur lächerliche Vorstellungen. Wollten wir daher, dass unsere Protestationen Erfolg haben, so müssen wir auch Kanonen und Bajonette dahinter stellen. Also zur Volksbewaffnung!«⁴

Von den rund 25 angemeldeten Rednern entstammten wohl alle dem Besitz- und Bildungsbürgertum, und die meisten ergingen sich auf dem Podium in abstrakten Deklamationen: »Wortbruch der Fürsten«, »Gott und Vaterland«, »Recht und Freiheit«, »Einigkeit und Kampfesmut«. Der junge Becker hingegen, der spontan das Wort ergriffen hatte, stand auf dem Weinfass für die kleinbürgerlich-plebejischen Elemente, die die Mehrheit der Festeilnehmer waren. Deren existenzielle Bedürfnisse nach Lohn und Brot, erschwinglichen Holz- und Getreidepreisen, Senkung der Steuern und Zolltarife blieben so gut wie ungenannt – abgesehen von der schwarzen Fahne, mit der die Dürkheimer Winzer ihre soziale Verelendung kundtaten, wo-

4 Aphorismen aus Johann Philipp Beckers Glaubensbekenntnis, in: Der Sozialdemokrat, Nr. 51, Zürich, 17. Dezember 1886. Nachdruck bei Hellmut G. Haasis: Volksfest, sozialer Protest und Verschwörung. 150 Jahre Hambacher Fest, Heidelberg 1981, S. 240 ff.

bei zu vermuten ist, dass sie dem Beispiel der Weber Lyons folgten, die vor Monaten unter der schwarzen Notfahne revoltiert hatten. Die wenig Bemittelten und die Besitzlosen saßen auch nicht auf den eigens errichteten Bänken, wo mehr als tausend zahlungsfähige Gäste das Mittagmahl für 1 Gulden und 45 Kreuzer verzehrten, wofür ein Arbeiter beim Ausbau der Hambacher Wege und des Festplatzes dreieinhalb Tage hätte werken müssen. Dennoch war die ganze Versammlung ein Festtag und eine Gelegenheit des Protestes auch für die »kleinen Leute«: Sie trugen die Kokarden, schwenkten die deutschfarbenen Tücher, würzten die wohltonenden Reden mit sarkastischen Witzen und Zwischenrufen, lärmten und applaudierten mit der Macht ihrer Hände, sangen aufmüpfige Lieder, und die Jungmänner schielten bei alledem nach den Weibern, dem schönen, soeben erst seine politische Emanzipation beginnenden Geschlecht. Am Abend zogen sie dann ebenso fröhlich wieder den Berg hinunter, wie es die gesetzten Bürger taten.

Ausklang und Ausblick

Die erste Massenkundgebung der Deutschen konnte schwerlich ohne Nachwehen enden. Dem Hauptfest folgte ein Kometenschweif weiterer Kundgebungen, aber auch spontaner Aktionen. In rund fünfzig Dörfern und Städten der Pfalz wurden die Hambacher Reden und Lieder von den Pfälzern auf eigene Weise verstanden. Die Freiheitsbäume wurden gespickt mit Beschwerdezetteln: »Der Bürgermeister muss weg!« – »Der Feldschütz muss weg!« – »Wir brauchen keinen Steuereinnehmer!« – »Es gibt keine Beamten mehr, und selbst der König hat uns nichts mehr zu befehlen!« – »Es herrscht Freiheit und Gleichheit!« Da wurde weiterhin geläutet und gesungen, die Polizeistunde missachtet, mehreren Bürgermeistern – darunter dem von Hambach – die Absetzung erklärt und Gendarmen, Gerichtsboten, Forstbediensteten eine Tracht Prügel angedroht. Die Armen in Frankenthal behinderten die Ausfuhr des Getreides, damit nicht durch ein vermindertes Angebot vor Ort der Brotpreis weiter steige. In Worms enterten sie ein Kornschiff, trugen die Ladung in die Stadt und wollten die Preise selbst bestimmen.

Der Staatsprokurator von Frankenthal meldete seiner Regierung: »Revolution« und »Gleiche Teilung der Güter« seien das Ziel der »Classe des Volkes, die nichts zu verlieren« habe! Gegen diese »Pöbel- und arbeitende Classe« – wie sie in den Meldungen offiziell hieß – genehmigte der königliche Hofkommissär von Wrede die Aufstellung von Sicherheitswachen des besitzenden Bürgertums. Sie sollten das »Privateigentum und die persönliche Sicherheit mit allem Nachdruck schützen«. Obwohl bayrisches Militär in Stärke von neuntausend Mann in die Pfalz einrückte, versäumte die Besitzklasse nicht, mit bewaffneten Bürgerwehren für »Ruhe und Ordnung« zu sorgen.

Indes stiegen Patrioten und Neugierige noch tagelang auf den Hambacher Berg, von dessen Gemäuer die beiden Fahnen der Deutschen und der Polen am 1. Juni in feierlicher Zeremonie heruntergeholt wurden. Am Tag nach dem Fest trafen sich noch einmal an die Sechshundert im Neustädter Schießhaus. Dort griff Siebenpfeiffer den Gedanken Wirths auf, aus ihrer Mitte die Männer des allgemei-

nen Vertrauens zu wählen. Burschenschaftsvertreter und weitere radikal Gesinnte agitierten für die sofortige Bildung eines provisorischen »Nationalkonvents« – andere bezweifelten das Recht zu einer solchen Entscheidung und Abstimmung. In der Forschung schwanken die Angaben, ob es spontane Aktivisten oder Vorherbestimmte waren, die hier debattierten, sich aber zur eigenmächtigen Tat nicht entschließen konnten. Die Mehrheit jedenfalls begriff sich nicht als provisorische Wähler oder gar Volksdeputierte, sondern nur als Privatpersonen. Die Burschschafter verließen den Ort mit Enttäuschung und lautem Protest.

Jedoch von der Stimmung im Land ermutigt, verfolgten Siebenpfeiffer und Wirth das Projekt der Gründung eines »Deutschen Reformvereins«. Das ausformulierte Programm, das von der Staatspolizei aufgespürt wurde, nannte revolutionär-demokratische Zielsetzungen: Volkssouveränität, allgemeine Volksbewaffnung, deutsche bundesstaatliche Republik nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Nordamerika, internationale Solidarität mit allen um ihre Freiheit ringenden Völkern. Über die Methoden des politischen Wirkens wurde in diesen »Grundzügen des Reformvereins« gesagt: Man werde auf »gesetzlichem Wege« bleiben, solange die Regierungen nur »mit Dekreten und Verboten« drohten, aber den bewaffneten Widerstand wagen, sobald sie Gewalt anwendeten.

Zielsetzung und Kampfmethoden unterschieden sich bewusst von Theorie und Praxis des zeitgenössischen bürgerlichen Liberalismus. Das Wissen um die Revolutionsresultate seit 1789 und somit um den beschränkten Realwert der viel berufenen »Freiheit« und »Gleichheit« hatte sich geschärft. Man hatte gewahren müssen, dass in den fortgeschrittensten Ländern – den konstitutionellen Monarchien Großbritannien und Frankreich – die reiche Bourgeoisie als eine bevorrechtete Klasse am Staatsruder stand, während die Millionen des Volkes von der Regierungsgewalt, den Staatsinstitutionen und Wahlkörpern ausgeschlossen blieben. Indem die kritischen Demokraten diesen Tatbestand lediglich als Verletzung der Menschenrechte verurteilten, begriffen sie das ökonomisch-soziale Wesen der neuen Gesellschaft in der Regel noch nicht. Doch in der rein politischen Sphäre der Auseinandersetzungen erfassten sie richtig, dass die herrschenden bürgerlichen Fraktionen durch die Konstruktion ihrer Macht den Widerstand des arbeitenden Volkes gegen die Vorrechte der Reichen und das ihnen zugrundeliegende Eigentum geradezu herausforderten. So wuchs das Bestreben nach konsequenter »Volkssouveränität« und einer neuen, besseren Revolution. Auch in Deutschland gelangten die revolutionären Demokraten zu der Auffassung: Die Monarchie sei als Staatsform mit der Souveränität des Volkes unvereinbar – allein die Republik, deren Parlament und Selbstverwaltungsorgane den gewählten Repräsentanten aller Klassen in gleichberechtigter Weise offen stünden, sei das Allheilmittel und müsse das Ziel des politischen, wenn nötig bewaffneten Kampfes sein.

Noch aber war die historische Situation nicht reif für den Erfolg und die praktische Prüfung einer derart bürgerlich-demokratischen Bewegung. Die französischen Republikaner, die bereits eine Woche nach dem Hambacher Fest, am 5. und 6. Juni 1832, den angekün-

digten Aufstand in Paris begannen und die Viktor Hugo sehr viel später unter dem Namen »Les Misérable« (»Die Elenden«) erinnerte, verbluteten unter der erdrückenden Waffengewalt des »Bürgerkönigtums«. In Deutschland dagegen waren es immer noch Fürsten und Adel, die den »großen Skandal« des Hambacher Festes, das sich nach Metternich »wie eine deutsche Nationalversammlung« ausnahm, als Veranlassung umfassender Repressivmaßnahmen nutzte. Hunderte von Patrioten, darunter Siebenpfeiffer und Wirth, gerieten in Haft, andere flüchteten ins westliche Ausland.⁵ Demokraten und Liberale tranken gleichermaßen den Schierlingsbecher der Reaktion. Doch im Volk wurzelten die Hambacher Lieder.

»Fürsten zum Land hinaus,
Jetzt kommt der Völkerschmaus!«⁶

wurde trotzig gesungen. Die deutschen Farben, die noch immer zum Hochverrat taugten, überlebten in poetischen Metaphern und antizipierten eine Revolution, die 1848 – nur 16 Jahre später – auch wirklich kam:

»Das *Schwarz* der Knechtschaft schwindet
in Kampfes blutigem *Rot*,
Der Freiheit *Gold* verkündet
Das Ende aller Not.
Zielt gut, haut scharf, ihr Treuen!
Du Büchse und du Schwert!
Das wird die Nachwelt freuen
Am freien eignen Herd.«⁷

5 Zu den Verfolgungen in den Staaten des Deutschen Bundes: Vortrag der Bundes-Zentralbehörde über das am 27. Mai 1832 stattgehabte Hambacher Fest. Hauptarchiv München, MA 2241; Freiherr v. Wagemann (Hrsg.): Darlegung der Hauptresultate aus den wegen der revolutionären Komplotte der neueren Zeit in Deutschland geführten Untersuchungen, Frankfurt a. M. 1838.

6 Das deutsche Treibjagen. Text von Wilhelm Sauerwein. Zit. nach Oss Kröher: Lieder des Hambacher Festes, in: Schon pflanzen sie frech die Freiheitsbäume. 150 Jahre Hambacher Fest, hrsg. v. W. Rothley u. M. Geis, Neustadt a. d. Weinstraße 1982, S. 261 ff.

7 Die Fürstenjagd. Text von Johann Rudolf Kölner. Ebenda, S. 265 ff.

Benutzte Quellen und Literatur (in chronologischer Folge)

- Flugschriften des Deutschen Preß- und Vaterlandsvereins. Varia zum Hambacher Feste 1832. Staatsbibliothek Berlin
- G. H. Schneider: Der Press- oder Vaterlandsverein 1832/33. Diss. Heidelberg. Berlin 1897.
- Wilhelm Herzberg: Das Hambacher Fest. Geschichte der revolutionären Bestrebungen in Rheinland um das Jahr 1832. Ludwigshafen 1908.
- Veit Valentin: Das Hambacher Nationalfest, Berlin 1932.
- Johannes Bühler: Das Hambacher Fest, deutsche Sehnsucht vor hundert Jahren, Ludwigshafen 1932.
- Kurt Baumann (Hrsg.): Das Hambacher Fest. 27. Mai 1832. Männer und Ideen. Speyer 1957.
- Helmut Bock: Börne und das Hambacher Fest. Positionen der kleinbürgerlichen Demokratie, in: Ludwig Börne. Vom Gettojuden zum Nationalschriftsteller. Berlin/DDR 1962, S. 267 – 329.
- Derselbe: Bürgerlicher Liberalismus und revolutionäre Demokratie. Zur Dialektik der sozialen und nationalen Frage in den deutschen Klassenkämpfen von 1831 bis 1834, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 13, Berlin/DDR 1975, S. 109 – 151.
- Hellmut G. Haasis: Volksfest, sozialer Protest und Verschwörung. 150 Jahre Hambacher Fest, Heidelberg 1981.
- Gerhard Berzel: Hambacher Erinnerungen. Bildband in zwei Teilen: Das Fest von 1832 und der Ort Hambach, Neustadt 1981.
- Cornelia Foerster: Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes, Trier 1982.
- Werner Klein (Hrsg.): Ein Frühling der Freiheit erblühte. Freiheitliche und demokratische Tradition in Deutschland von der Mainzer Republik zum Hambacher Fest, Neustadt 1982.
- Willi Rothley/Manfred Geis (Hrsg.): Schon pflanzen sie frech die Freiheitsbäume. 150 Jahre Hambacher Fest, Neustadt 1982.
- Hambacher Fest 1832 – 1982. Freiheit und Einheit, Deutschland und Europa. Ausstellungskatalog, hrsg. v. Kultusministerium Rheinland-Pfalz, Neustadt 1982.